

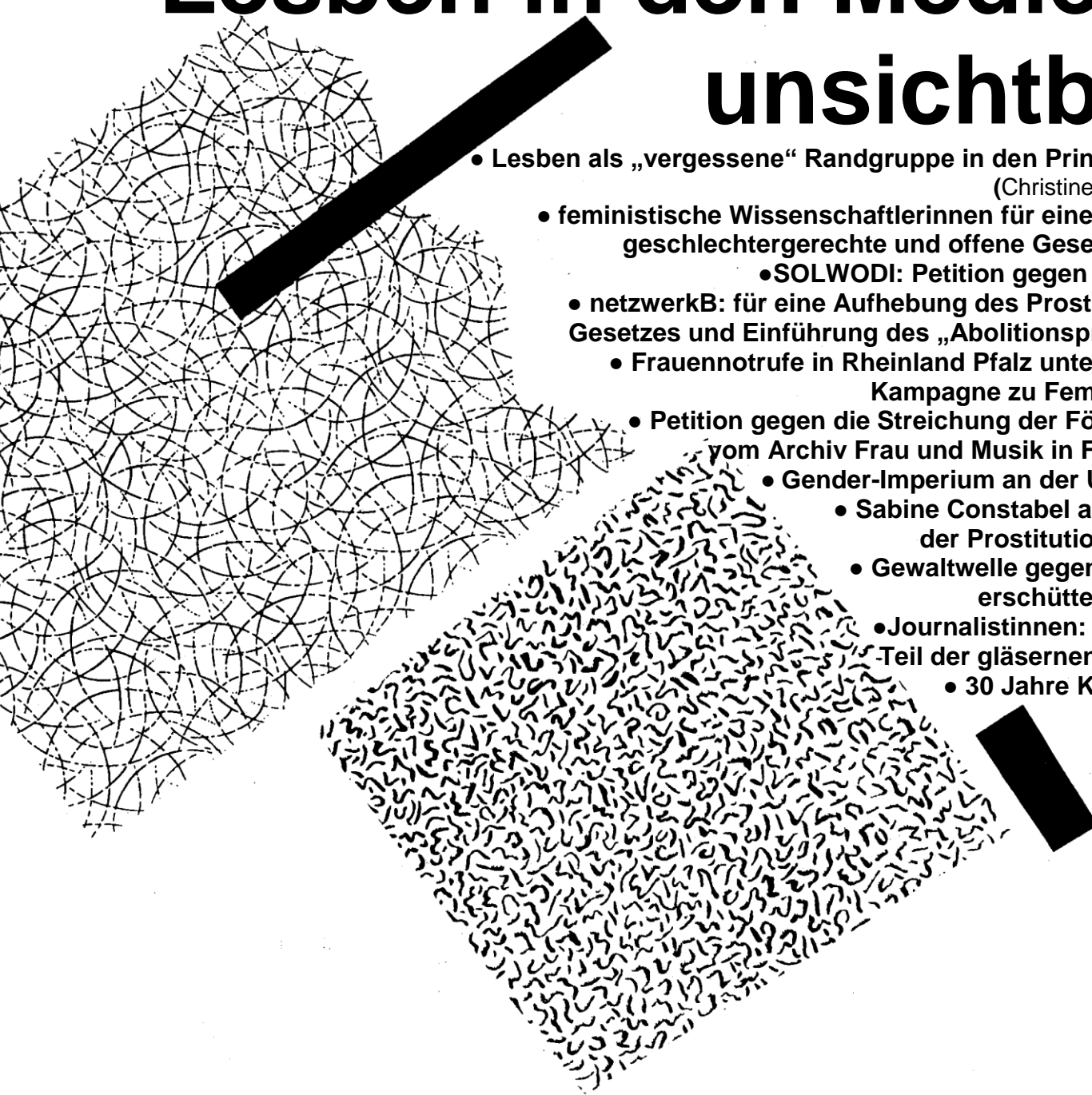
Zeitschrift für
Feminismus
und Arbeit

Okt. / Nov. 2013

31. Jg.

ISSN 0949-0000/ISSN 1862-5568

Lesben in den Medien: unsichtbar

- 
- **Lesben als „vergessene“ Randgruppe in den Printmedien**
(Christine Schmidt)
 - **feministische Wissenschaftlerinnen für eine soziale, geschlechtergerechte und offene Gesellschaft!**
 - **SOLWODI: Petition gegen Sexkauf**
 - **netzwerkB: für eine Aufhebung des Prostitutionsgesetzes und Einführung des „Abolitionsprinzips“.**
 - **Frauennotrufe in Rheinland Pfalz unterstützen Kampagne zu Feminismus**
 - **Petition gegen die Streichung der Förderung vom Archiv Frau und Musik in Frankfurt**
 - **Gender-Imperium an der Uni-Köln**
 - **Sabine Constabel antwortet der Prostitutionslobby**
 - **Gewaltwelle gegen Frauen erschüttert Italien**
 - **Journalistinnen: "Teilzeit - Teil der gläsernen Decke"**
 - **30 Jahre KOFRA!!!**

Inhalt

Schwerpunkt: Lesben in den Medien unsichtbar **3**
Lesben als „vergessene“ Randgruppe in den Printmedien (Christine Schmidt)

Resolutionen/Aktionen/Netzwerke **13**

Initiative feministischer Wissenschaftlerinnen: Aufruf für eine soziale, geschlechtergerechte und offene Gesellschaft.
SOLWODI: Petition gegen Sexkauf: Mach den Schluss-Strich!
netzwerkB: für eine Aufhebung des derzeit geltenden Prostitutions-Gesetzes und für die Einführung des „Abolitionsprinzips“.
Frauennotrufe in Rheinland Pfalz unterstützen Kampagne zu Feminismus, „... weil es ohne nicht funktioniert“
Petition gegen die Streichung der Förderung vom Archiv Frau und Musik in Frankfurt

Laut&Luise: Glosse von Luise F. Pusch **23**

Das Gender-Imperium an der Uni-Köln

Themen **24**

Wo wird das Gewissen abgestellt? Sabine Constabel antwortet der Prostitutionslobby
Gewaltwelle gegen Frauen erschüttert Italien
Journalistinnen: "Teilzeit Teil der gläsernen Decke"

Nachrichten **30**

Männer überfordert von Gleichberechtigung

Termine **30**

30 Jahre Kofra!! Vom 26.-30. November feiern wir uns selbst, dass wir immer noch da sind, immer noch neue Ideen haben und Feminismus in allen Facetten leben!

Impressum:

Herausgeberin: Kommunikationszentrum für Frauen zur Arbeits- und Lebenssituation e.V.,
Baaderstr. 30, 80469 München, Tel: 089/20 10 450, www.kofra.de,
kofra-muenchen@mnet-online.de
Verantwortliche: Anita Heiliger
Jahresabonnement: 6 Ausgaben in ca. 2-monatiger Folge zum Preis von € 18.60 plus Porto,
Einzelheft: € 3.20, Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft, Konto: 7805500, BLZ 70020500

Lesben als „vergessene“ Randgruppe in den Printmedien

von **Christine Schmidt**

„Homosexuelle“ seien in den Medien präsent wie nie zuvor, freut sich Alexander Zinn, ehemaliger Geschäftsführer des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD) Berlin-Brandenburg, „Lesben und Schwule [scheinen sich] ihren Platz an der Sonne erobert zu haben“ (Zinn 2005: 207). Dabei ist ihm offenbar entgangen, dass in erster Linie die Schwulen in der Sonne sitzen, während die Lesben ein (mediales) Schattendasein führen. Renate Rampf, Pressesprecherin des LSVD, stellt sogar „die deutliche Unterrepräsentanz von weiblicher Homosexualität auch im Rahmen der CSD-Berichterstattung“ fest (zitiert nach Erlemann 2009: 18), also selbst dort, wo noch am ehesten mit der Erwähnung von Lesben zu rechnen sein sollte. Wie kommt es zu dieser unterschiedlichen Einschätzung?

Damit eine (Minderheiten-) Gruppe ihre Interessen vertreten, d.h. in die „Gestaltung des eigenen gesellschaftlichen Schicksals“ (Pankratz 1999) eingreifen und PolitikerInnen für ihre Anliegen sensibilisieren kann, müssen ihre Alltagsrealitäten und Bedürfnisse öffentlich wahrnehmbar sein. Dies ist vor allem durch eine adäquate Berichterstattung in den Massenmedien gewährleistet. Im Falle der Lesben betrifft das schätzungsweise zwischen 1,7 und 4,2 Millionen Menschen in Deutschland – also keinesfalls eine verschwindend kleine Minderheit.

Im Folgenden wird dargelegt, dass die Präsenz von Lesben in den Printmedien nicht dazu angetan ist, über deren reale Lebensumstände zu informieren. Vielmehr werden diese durch Verschweigen, Klischees und Worthülsen verschleiert. Nach einem Überblick über die allgemeine, hete-

ronormative Presse wird LEO als Beispiel für ein schwul-lesbisches Stadtmagazin und EMMA als Repräsentantin für eine feministische Zeitschrift betrachtet. Schließlich suche ich nach den Ursachen für diese Verschleierung.

Lesben in der allgemeinen Presse

Ein typisches Beispiel für die Präsenz von „Homosexuellen“ in den Medien bieten alljährlich die Berichte über den Christopher Street Day, zum Beispiel die Berliner Veranstaltung, auf sueddeutsche.de, dem Online-Portal der *Süddeutschen Zeitung* (v. Bullion 2009): „In der Landespolitik reißt der Strom derer nicht mehr ab, die sich als schwul oder lesbisch outen wollen – und damit für sich im Wahlkampf werben“. Es folgen die Namen von einem halben Dutzend schwuler Politiker, die auf dem Wagen der Schwusos (= Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der SPD) mittanzen. Im ganzen Artikel taucht jedoch keine einzige lesbische Landespolitikerin auf, deren Coming-Out hätte gefeiert werden können – d.h. Lesben werden ohne jeglichen Anhaltspunkt im Artikel mit genannt. Die Reihe der Beispiele lässt sich beliebig fortsetzen: Ob in einem Reisebericht über Beirut als, neben Tel Aviv, „homosexueller Party-Metropole des Nahen Ostens“, oder in Berichten über Homosexualität in Osteuropa, im Nahen Osten, in Afrika, bei der US-Army, im Sport, in der Kirche, als Menschenrecht oder über Regenbogenfamilien, MigrantInnen und AsylbewerberInnen (siehe Schmidt 2011) – Lesben kommen meist nur am Rande oder überhaupt nicht vor, oder sie werden stillschweigend unter die Schwulen subsumiert (vgl. Erlemann 2009; Pankratz 1999; Schultze 2011).

Dabei ist die *Süddeutsche Zeitung* im Vergleich zu anderen Presseerzeugnissen nicht einmal besonders lesbenfeindlich. Sie

stellt sich – ebenso wie die meisten anderen Tages- und Wochenzeitungen – unter „Homosexuellen“ anscheinend nur Schwule vor oder setzt voraus, dass Lesben und Schwule „irgendwie“ das Gleiche sind. Deswegen wird wohl auch immer wieder reflexhaft auf die Phrase „Schwule und Lesben“ zurückgegriffen, obwohl bei genauer Betrachtung keine Beispiele von Lesben genannt, keine Lesben erwähnt oder zitiert werden. Wenn es um „Homosexuelle“ oder „Schwule und Lesben“ geht, haben nur die Schwulen Namen und Gesichter.

Die Journalistin Elke Amberg (2011) hat über einen Zeitraum von einem halben Jahr systematisch die Artikel zu lesbisch-schwulen Themen in vier Münchner Tageszeitungen ausgewertet und kam dabei u.a. zu dem Ergebnis, dass Lesben insgesamt in 9,9% der Artikel erwähnt werden, aber in nur 7% dieser Artikel eine Lesbe im Mittelpunkt der Berichterstattung steht (Schwule hingegen zu 32%). Lesben werden selbst zu lesbisch-schwulen Themen am seltensten zitiert, d.h. noch weniger als heterosexuelle Frauen und Männer, und kommen in Überschriften nicht vor („Mehr Rechte für Schwule“, „Schwule Hochzeit am Standesamt“, „Das schwule Familien-Viertel“, „Ehegatten-Splitting für Schwule?“). In allgemeinen lesbisch-schwulen Artikeln, z.B. zum Christopher Street Day oder zur eingetragenen LebenspartnerInnenschaft, werden als Bildmotiv viermal häufiger Schwule gewählt als Lesben. Themen, die beide Geschlechter betreffen (z.B. Steuer- und Beamtenrecht, Hinterbliebenenversorgung, Diskriminierung innerhalb von Religionsgemeinschaften), werden einseitig auf Schwule bezogen und anhand schwuler Beispiele erläutert. Auch werden Schwule als (politisch) aktiv und initiativ vorgestellt, Lesben nicht. Lesben werden trivialisiert, privatisiert, entpolitisiert, entsexualisiert, so wie Frauen generell Passivität zugeschrieben wird. Als Fazit ihrer Untersuchung hält Amberg fest, dass schwule Männer stellvertretend für den homosexuellen Menschen schlechthin stehen und Lesben bestenfalls als lesbische Mütter vorkommen.

Amberg stellt Schwule jedoch nur als diejenige Gruppe dar, die von der größeren Aufmerksamkeit lediglich profitiert, nicht

aber als Aktivposten an der Marginalisierung von Lesben mitwirkt. Bei der derzeit modischen Queer-Politik ist es allerdings auch nicht opportun, auf Machtverhältnisse innerhalb der „queer people“ hinzuweisen (vgl. Jeffreys 2011).

Für Schwule, wie Alexander Zinn, reicht das anscheinend aus, ungeachtet der Realitäten Lesben und Schwulen gleichermaßen eine hohe Medienpräsenz zu beschreiben. Vielleicht erinnert sich Zinn an die „Verbrechen der lesbischen Frauen“ (Titel einer mehrwöchigen Hetzserie in *BILD* 1973), die bei Bedarf noch immer aus der Mottenkiste geholt werden und insbesondere in Fernsehfilmen die alten Klischees bedienen. Glücklicherweise sind Lesben, sofern sie gelegentlich in den (Print-)Medien auftauchen dürfen, nicht mehr ausschließlich männermordende Monster, sondern versprühen hin und wieder sogar etwas Glamour, wenn beispielsweise in der bunten Boulevard-Presse süffisant Promi-Outings (z.B. von Ulrike Folkerts und Anne Will) als Sensation dargestellt werden oder Lesbischsein als schick-extravaganter Lebensstil gefeiert wird. Mit der Lebensrealität „normaler“ Lesben hat all das nichts zu tun.

Insgesamt gesehen ist das Lesbenbild in den Mainstream-Printmedien – falls es überhaupt aufscheint – oberflächlich und einseitig. Gabriele Bischoff, Geschäftsführerin der Landesarbeitsgemeinschaft Lesben in Nordrhein-Westfalen, stellt denn auch fest (2008): „Noch immer finden die Lebensentwürfe und die Alltagsrealität frauenliebender Frauen wenig oder keine positive Berücksichtigung in der Presse“. Die Medienwissenschaftlerin Andrea Seier (nach Deutschlandradio 2010) führt diese Tatsache auf die größere Aufmerksamkeit für Schwule zurück. Zum einen sei dies historisch bedingt, da von 1872 bis 1994 mit dem § 175 nur männliche Homosexualität strafbar war, Schwule also mehr im Blickpunkt standen, während Frauen eine eigenständige Sexualität abgesprochen und deswegen weibliche Homosexualität ignoriert wurde. Zum anderen herrsche in der Gesellschaft noch immer das männlich dominierte Geschlechterverhältnis vor, das per se mehr Aufmerksamkeit auf Männer lenke. In einer Kombination aus beidem falle männliche Homosexualität auch heute

noch stärker auf und sei emotionaler besetzt als weibliche.

Fazit: Lesben als eigene Gruppe bleiben in der allgemeinen Presse – abgesehen von spektakulären Aufmachern – anonym. Sie verschwinden entweder in der Gruppe der Frauen, denen pauschal Heterosexualität unterstellt wird, oder in der Gruppe der „Homosexuellen“, in der sie meist gar nicht mitgedacht werden, oder sind lediglich Anhängsel der Phrase „Schwule und Lesben“. Nur die lesbischen Mütter erhalten wachsende Aufmerksamkeit.

Lesben im schwul-lesbischen Münchner Szene- und Lifestylmagazin LEO

Alle folgenden Angaben beziehen sich auf den Zeitraum Juli 2008 bis Juni 2009 und bilden einen Extrakt meiner Untersuchungsergebnisse, die ich an anderer Stelle ausführlicher dargestellt habe (Schmidt 2011). Entwicklungen, die sich infolge von Umstrukturierungen 2011 abzeichneten, werden am Ende des Kapitels angerissen.

Das großzügig bebilderte LEO (Untertitel „für schwule & lesben in münchen und region“) berichtet von Münchner Ereignissen und Institutionen, gelegentlich aus anderen bayerischen Städten sowie über bundesweite und internationale (lesben- und schwulenrelevante) politische und soziale Themen. Einen großen Raum nimmt die Unterhaltung ein. Die Zeitschrift wird durch Anzeigen finanziert und ist kostenlos an über 170 Auslegestellen erhältlich – zumeist lesbisch-schwulen Institutionen, Beratungsstellen und Szene-keipen. Mit fünf weiteren Magazinen bildet LEO den Anzeigen- und Redaktionsverbund Publigayte. Vier der Zeitschriften bezeichnen sich als schwule Magazine. Neben der Berliner *Siegessäule* ist LEO das einzige Magazin dieses Verbundes, das sich ausdrücklich „schwul-lesbisch“ nennt. Zugleich ist LEO eines der wenigen Printmedien im deutschsprachigen Raum, die sich gleichermaßen an Lesben und Schwule wenden und damit einen integrativen Anspruch erheben.

Im Durchschnitt aller 12 Ausgaben richten sich 6,4% der Beiträge an Lesben oder berichten über sie, also noch etwas weniger als Amberg für die Münchner Tageszeitun-

gen zählte. Durchschnittlich 35,2% der Beiträge werden dagegen für oder über Schwule geschrieben. Damit bleibt die Relation zwischen Lesben- und Schwulenberichterstattung in LEO 2009 noch weit hinter Christiane Schmerls Untersuchung der Frauen- und Männerberichterstattung in fünf Mainstream-Presseerzeugnissen von 1976 (!) zurück (Frauenanteil 13,6%; Schmerl 1985). Noch drastischer fällt das Ergebnis im Vergleich mit der Stichprobenuntersuchung des Journalistinnenbundes von 2009 ab, die – trotz Bundeskanzlerin – eine Frauenberichterstattung von 23% in den zwölf wichtigsten Leitmedien ergeben hat (Journalistinnenbund 2010). Das schwule Übergewicht in LEO zeigt auch das Beispiel eines „gemischten“ Artikels: In der Januarausgabe 2009 wurden zum Thema „Das wünschen wir uns für 2009“ lesbische/schwule Lokalprominenz sowie Lesben und Schwule von nebenan befragt, insgesamt 17 Personen. Statt jeweils acht Äußerungen von Lesben und Schwulen wurden Statements von drei Frauen und 14 Männern gebracht (LEO 1/2009: 6f).

In einem Jahr LEO-Berichterstattung sind – unabhängig von der Länge des Artikels – 24mal Lesben und 121mal Schwule Hauptperson eines Beitrags, und Frauen, die nach allgemeinem Kenntnisstand keine Lesben sind, erstaunlicherweise häufiger als Lesben, nämlich 27mal. Daneben spielen in den Artikeln 193mal Schwule und 51mal Lesben eine untergeordnete Rolle. Wie in Schmerls Analyse scheinen auch hier Frauen vor allem für die Sparte Unterhaltung zuständig zu sein, wobei „Nicht-Lesben“ offensichtlich ein höherer Unterhaltungswert zugeschrieben wird als Lesben. Dass im Bereich Politik/Recht mehr heterosexuelle Frauen als Lesben vorkommen, ist einerseits nicht verwunderlich, da die meisten befragten und zitierten Politikerinnen keine (geouteten) Lesben sind. Andererseits bedeutet es aber auch, dass keine Lesbenpolitikerin, sei es die Sprecherin eines Lesbenverbands oder eine Vertreterin der Rosa Liste (= Münchner lesbisch-schwule WählerInneninitiative), innerhalb des Untersuchungszeitraums jemals Hauptperson der LEO-Berichterstattung war.

Schwule tauchen selbst als Floskel sehr viel häufiger auf als Lesben. Ähnlich wie in

der oben zitierten *Süddeutschen Zeitung* kommen auch in LEO „schwul-lesbische“ Artikel ohne Lesben aus, sogar dann, wenn diese von der Sache her ebenfalls gemeint sein müssten. Typische Beispiele hierfür sind die Reiseseiten, z.B. über die World Outgames in Kopenhagen (LEO 1/2009: 56) oder den EuroPride in Zürich (LEO 2/2009: 54-56).

Berichte über Schwule überwiegen nicht nur hinsichtlich ihrer Anzahl, sondern nehmen auch mehr Platz ein. Schwulen Personen oder Themen ist oft eine ganze Seite gewidmet, während über Lesben mit wenigen Ausnahmen nur in kürzeren Artikeln berichtet wird oder sie gar nur in einem Nebensatz innerhalb eines längeren Artikels vorkommen. Sämtliche Berichte des ganzen Jahres über und für Lesben zusammengezählt, ergeben 56 Artikel auf 23½ Seiten. Nicht einmal ein einziges Heft könnte damit gefüllt werden.

Die „Quote“ von einer Frau zu vier (bis fünf) Männern setzt sich bei der Bebilderung fort: Auf den zwölf Titelseiten des Untersuchungszeitraumes sind insgesamt drei Frauen, darunter eine transsexuelle Frau, und 15 Männer abgebildet. Im Innenteil aller zwölf Ausgaben sind auf 16,8% aller Fotos nur oder überwiegend Frauen, auf 55,2% aller Fotos nur oder überwiegend Männer zu sehen.

Bei der inhaltlichen Betrachtung fällt zunächst auf, dass LEO eine eigene Lesbenseite hat. Das ist erstaunlich, denn eigentlich soll ja das ganze Magazin für „schwule & lesben“ sein. Szene-Neuigkeiten für Lesben finden sich hier und nicht etwa unter *Szene*, *Kultur* oder *Buch*. Unter diesen allgemeinen Rubriküberschriften werden – mit sehr wenigen Ausnahmen – schwule Bücher, Filme, Ausstellungen, Partys angekündigt. Damit soll wohl signalisiert werden, schwule Szene, Kultur, Politik sei von allgemeinem Interesse, lesbische nicht. Ähnlich kurios werden im „Kalender“ für jeden Tag des Monats die Veranstaltungen auf die Rubriken *Szene*, *Gruppen*, *Party*, *Kultur* und –: *Lesben* verteilt: Ein Spieleabend für Schwule findet sich unter *Gruppen*, ein Spieleabend für Lesben unter *Lesben*. Das bedeutet letztlich, Männer/Schwule stehen für das Allgemeingültige,

Neutrale, Frauen/Lesben für das Besondere, das vom „Allgemeingültigen“ separiert werden muss.

Die meisten Lebensbereiche werden von Lesben anders wahrgenommen als von Schwulen: „Weiblicher oder männlicher Umgang mit verschiedensten Themen führt zu geschlechtsspezifischen Unterschieden, beispielsweise in der Gestaltung von Beziehungen und Sexualität oder in den Formen der lesbischen bzw. schwulen Gemeinde, die sich durch die Ausrichtung an den jeweiligen Bedürfnissen zum Teil sehr unterscheiden“ (Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen 2008: 46). Von einem Magazin für „schwule & lesben“ sollte frau erwarten können, dass diese Gegebenheiten in der Berichterstattung berücksichtigt werden. Stattdessen wird trotz der stereotypen Phrase „Schwule und Lesben“ wie in der *Mainstream-Presse* zumeist nur die schwule Sicht der Dinge dargestellt. Luise F. Pusch nennt das den „Prototypen-Effekt“ (1999b: 76): „Männer haben die Angewohnheit, sich selbst als Repräsentanten der Gattung Mensch zu betrachten“. Ebenso haben Schwule die Angewohnheit, sich selbst als Repräsentanten für alles Homosexuelle zu betrachten und sich zugleich aus der sozialen Geschlechtszugehörigkeit auszublenden. Anlässlich der bayerischen Landtagswahl 2008 hieß es in einem Kommentar: „Die dort [= im Koalitionsvertrag zwischen CSU und FDP] verankerten Grundsätze zur Gleichstellungspolitik beschränken sich primär auf die Rolle der Frau in der Gesellschaft – von Lesben und Schwulen ist nicht die Rede“ (LEO 11/2008: 4). Dass Lesben auch Frauen sind und damit von diesen Grundsätzen profitieren könnten, schien nicht im Bewusstsein des Kommentators zu sein. Ein weiteres Beispiel bietet das „Sommer-Special“, das u.a. das Bad Maria Einsiedel vorstellt: „Kein zweites Bad liegt so idyllisch. Kleiner Wermutstropfen: der FKK-Bereich ist den Damen vorbehalten“ (LEO 6/2009: 9). Inwiefern das ein Wermutstropfen für Lesben sein soll, bleibt offen; denn im Bad selbst werden Lesben durchaus zu den „Damen“ gezählt. Im schwulen Kosmos ist offensichtlich nicht vorgesehen, dass Lesben eigene Interessen haben könnten, die sich von schwulen Interessen

unterscheiden. Dies wird beim Thema „Lesben und Schwule bei der Polizei“ (vermutlich unbeabsichtigt) anschaulich demonstriert: In zwei aufeinanderfolgenden Ausgaben wird dieser Beruf erst aus schwuler, dann aus lesbischer Sicht betrachtet (LEO 7/2008: 14; 8/2008: 21). Prompt ergeben sich verschiedene Blickwinkel mit unterschiedlichen Ergebnissen – ein Beleg dafür, dass Lesben und Schwule keineswegs die gleichen Ausgangspositionen, Erfahrungen, Chancen und Probleme teilen.

Die männlich geprägte deutsche Sprache ist ein subtiles Mittel, Frauen hinter Männern verschwinden zu lassen (vgl. Trömel-Plötz 1983: 35ff; Huhnke 1996: 76-79). Sprachensible Formulierungen („Rentnerinnen und Rentner“, „Rentner/innen“, „RentnerInnen“) haben in LEO kaum Einzug gehalten. Dabei ist aus dem Textzusammenhang oft nicht erkennbar, ob es sich „nur“ um eine sprachliche Verdrängung der Lesben handelt oder ob Lesben „vergessen“ werden, weil sie nicht erwünscht sind. Gerade weil eine Geschlechtertrennung in lesbischen und schwulen Zusammenhängen sehr viel häufiger vorkommt als in heterosexuellen, wäre hier ein exakter und differenzierender Sprachgebrauch besonders wichtig.

LEO-Autoren benutzen häufig den Begriff „gay“, eine schicke Floskel und ebenso diffus wie „homosexuell“. PolitikerInnen, die im Vorfeld der bayerischen Landtagswahl 2008 zu ihren lesben- und schwulenpolitischen Zielen befragt werden, nehmen diese Formulierung dankbar an; drei der vier Befragten sprechen ausschließlich von „Gays“ (LEO 9/2008: 30f). Gleichzeitig werden genau die Themen angesprochen, die Schwule am meisten beschäftigen („Homo-Ehe“, Aufklärung in der Schule, Aufnahme sexuell verfolgter Flüchtlinge, Altenversorgung in alternativen Wohnformen). Möglicherweise sind bei den Forderungen (und Formulierungen) Lesben mitgemeint, genau weiß frau dies aber nicht, denn schon bei der Altenversorgung für die „Gays“ gibt es geschlechtsspezifische Unterschiede, wie die Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen herausfand (2004: 30-33). Themen, die (vor allem?) für Lesben wichtig sind (z.B. Ge-

sundheitsvorsorge abseits von HIV/Aids, geringere Einkommen und Altersbezüge, Coming-Out von Älteren, Zusammenleben mit Kindern) werden nicht angesprochen; das scheint auch den PolitikerInnen nicht aufzufallen.

Nach den Umstrukturierungen, die bis zum Sommer 2011 abgeschlossen waren (LEO 7/2011: 6), ist im Redaktionsteam keine Frau mehr an verantwortlicher Stelle, was bis dahin der Fall gewesen war. Der Untertitel wurde geändert in „das queere magazin in bayern“ – d.h. die Berichterstattung ließ fortan eine stärkere Berücksichtigung von bi-, trans*- und intersexuellen Personen und Themen erwarten.

Um herauszufinden, ob sich mit dieser Umstrukturierung positive Veränderungen für die Lesben gegenüber 2008/09 ergeben, habe ich die Ausgaben Juli, August und September 2011 entsprechend geprüft. Der Redaktionsleiter appellierte daran, Lesben mehr einzubinden: „Lassen wir doch den Frauen auch einmal den Vortritt. Nicht aus Galanterie, sondern aus Überzeugung“ (LEO 7/2011: 3). Der Vortritt, den Frauen *auch einmal* genießen sollten, ergab allerdings, dass sich in derselben Ausgabe von allen 55 redaktionellen Beiträgen lediglich vier an Lesben (das entspricht 7,2%) und zwei sowohl an Lesben als auch an Schwule richten. In Heft 8/2011 wendet sich nur noch ein redaktioneller Beitrag von insgesamt 38 an Lesben. In einem weiteren, dem einzigen „gemischten“ Artikel über gärtnernde Lesben und Schwule (LEO 8/2011: 6-9), befindet sich – wie gehabt – unter den sechs ProtagonistInnen gerade eine Lesbe. Fehlt noch zu erwähnen, dass Heft 9/2011 keinen einzigen Artikel über oder für Lesben enthält und es in allen drei Ausgaben keine Beiträge für Bi-, Trans*- und Intersexuelle gibt – die eben das *queer* ausmachen. Sprachlich hat sich – wie zu erwarten war – nichts geändert.

Neben dem Verdacht, dass nun auch „queer“ von Schwulen vereinnahmt werden soll, bleibt die Feststellung, dass die Analyseergebnisse der Ausgaben 7/2008 bis 6/2009 im Vergleich zum runderneuten LEO noch günstig ausfallen. Einigermaßen verwunderlich klingt die Forderung des Re-

daktionsleiters, zur Verbesserung der lesbisch-schwulen Zusammenarbeit „steht vor allem den Frauen noch viel Arbeit bevor“ (LEO 8/2011: 3), denn das Problem ist offensichtlich, dass für Schwule die Arbeit ansteht, Lesben Platz einzuräumen – auch in dem Sinne, dass sie die lesbische Lebenswelt in ihre Beiträge einbeziehen. Seit Jahrhunderten ist es üblich, dass Frauen aus der Männerperspektive schreiben (vgl. Janssen-Jurreit 1980: 44f) – warum sollte das nicht auch umgekehrt möglich sein?

Lesben in EMMA

Die Zeitschrift EMMA, zunächst „Magazin von Frauen für Frauen“, später „von Frauen für Menschen“ und mittlerweile ohne Untertitel, wird seit 1977 von Alice Schwarzer herausgegeben und ist im Abonnement sowie im allgemeinen Zeitschriftenhandel erhältlich. Der Anspruch ist ein feministischer, wobei im Laufe der Jahre feministisch-theoretische Grundsatzdiskussionen zugunsten unterhaltender Beiträge zurücktraten und sich die Anmutung der Zeitschrift mit großformatigen, durchgehend farbigen Fotos und hochwertigem Papier der Optik anderer gehobener Frauenzeitschriften, wie z.B. Cosmopolitan, anglich.

Der Untersuchungszeitraum der EMMA ist ebenso wie bei LEO von Juli 2008 bis Juni 2009; dies sind sechs Ausgaben. EMMA wurde in die Betrachtung einbezogen in der Erwartung, dass Lesben wenigstens in der am weitesten verbreiteten feministischen Zeitschrift angemessen dargestellt werden. Es bleibt festzuhalten, dass EMMA ungeachtet ihres z.T. noch immer existierenden Images als Lesbenkampfblatt ein gespaltenes Verhältnis zu Lesben hat.

Von insgesamt 244 redaktionellen Beiträgen (außer Editorial und LeserInnenzuschriften) des Untersuchungszeitraumes handeln 13 (= 5,3%) von Lesben. Hierunter fallen auch 3 Kurzmeldungen, so dass lediglich 10 „richtige“ Artikel über Lesben vorhanden sind. 24 Artikel (= 9,8%) handeln von heterosexuellen Männern; davon sind 8 Kurzmeldungen. Das bedeutet, EMMA berichtet nochmals weniger über Lesben als LEO und nur gut halb so häufig wie die Münchner Tageszeitungen. Abgesehen von den Kurzmeldungen sind innerhalb des ganzen Jahres insgesamt 20½

Seiten lesbischen Themen gewidmet (eine Ausgabe hat 114 Seiten), während 32 Seiten von Männern handeln. In der Zusammenschau mit LEO kann also etwas überspitzt formuliert werden: „Schwule & Lesben“ finden heterosexuelle Frauen interessanter als Lesben, und Feministinnen finden heterosexuelle Männer interessanter als Lesben.

Das lesbische Themenspektrum ist äußerst begrenzt: Geschichten der Lesbe von nebenan finden kaum Platz, dafür wird „Glamouröse Frauenliebe“ – geschrieben von der *Gala*-Chefredakteurin – mit vielen bunten Bildern als „neuer Trend“ ausgerufen (EMMA 1/2009: 50-52). Eher glamourös sind auch die anderen Lesben, über die im Verlauf eines Jahres mindestens halbseitig berichtet wird: Die Schriftstellerinnen Annemarie Schwarzenbach und Christa Winsloe, Ministerpräsidentin Jóhanna Sigurðardóttir, Nachrichtensprecherin Dunja Hayali und die Fotografin Annie Leibovitz. Mit einer Ausnahme: Amberg (2011) war bereits aufgefallen, dass es Lesben noch am ehesten als Teil einer Regenbogenfamilie in die (seriösen) Medien schaffen. Ebenso in EMMA, in der das Thema Neue Mütter – Neue Väter ausgiebig behandelt wird und wo auch lesbische Mütter einen Platz finden (EMMA 2/2009: 52-58). Was Amberg als „Facette der Normalisierung lesbischer [...] Repräsentationen“ (2011: 170) interpretiert, könnte lesbe als Zynismus auffassen: Befremdlich ist nicht die Themenwahl an sich, sondern dass der heteronormative Maßstab auch an Lesben angelegt wird. Neben Promis werden Lesben als Mütter gezeigt, als schöne Glamour-Girls oder als (leidende bzw. unverstandene) Schriftstellerinnen. Anscheinend gehören diese zu den wenigen Fällen, in denen Lesben für die „normalen“ (= heterosexuellen) EMMA-LeserInnen akzeptabel sind.

Der Blick in neuere EMMA-Ausgaben offenbart ein weiteres Charakteristikum: Wenn von Lesben die Rede ist, dann ausschließlich von ihnen. Es gibt zwar keine ausdrückliche „Lesbenseite“ wie in LEO – dazu kommt lesbe in EMMA zu selten vor – aber auch keine „gemischten“ Artikel, die ein Thema aus der Sicht von heterosexuellen Frauen und Lesben beleuchten. Die

beiden Sphären bleiben fein säuberlich getrennt. Dabei werden einige Gelegenheiten zur Darstellung der verschiedenen Lebenswirklichkeiten verpasst:

In einem Beitrag über Ärztinnen (EMMA 4/2010: 98-102) wird beteuert, diese veränderten den Blick auf PatientInnen. Aber auch Ärztinnen fällt der Blick auf lesbische Patientinnen nicht automatisch mit der Approbation zu. Lesben haben z.T. andere Krankheitsrisiken als heterosexuelle Frauen und suchen wahrscheinlich seltener – womöglich erst bei fortgeschrittener Symptomatik – ÄrztInnen auf. Diese rechnen nicht damit und sind nicht darauf vorbereitet lesbische Patientinnen zu haben, sondern teilen die heteronormative Vorannahme der allgemeinen Bevölkerung (Hansestadt Bremen 2001; Landeshauptstadt München 2007; Schönig 2010). Trotzdem werden Lesben in dem fünfseitigen Artikel nicht einmal in einem Nebensatz erwähnt.

Wenn muslimische Frauen männliche oder strukturelle Gewalt erleiden, so sind dies heterosexuelle Frauen (z.B. EMMA 3/2010: 16f). In keinem der zahlreichen Artikel über muslimische Frauen der letzten Jahre wird Gewalt gegen Lesben thematisiert (Gruppenvergewaltigungen, Verfolgung bis zur Todesstrafe). Nicht einmal das Interview mit der lesbischen muslimischen Aktivistin Irshad Manji (EMMA 4/2009: 49-51) wird genutzt, dieses Thema anzusprechen. Aber auch Berichte über Gewalt gegen Frauen hierzulande blenden die spezifische Gewalt gegen Lesben aus (Homophobie, strukturelle Gewalt, z.B. durch ArbeitgeberInnen, Versuche heterosexueller Männer, Lesben „umzudrehen“, psychische und physische Gewalt innerhalb lesbischer Beziehungen).

Alleinerziehende Frauen (z.B. EMMA 3/2011: 48-51) sind grundsätzlich heterosexuell – lesbische Mütter kommen nur als Paare vor. Auch das weite Feld der Beziehungen gestaltet sich einseitig: Hochgelobt wird das Aufklärungsbuch für Mädchen *Erklär mir die Liebe* (EMMA 2/2009: 50), nach dem anscheinend nur die heterosexuelle Liebe erklärungsbedürftig ist. Frauen, die auf der Suche nach einer Beziehung mit etwaigen Schwierigkeiten konfrontiert sind (EMMA 2/2011: 98-100; 1/2012: 82-85),

werden ausschließlich als heterosexuell dargestellt, ebenso jene, die es einfach nach Sex gelüftet (EMMA 1/2009: 22-27). Im Dossier Sexualität (EMMA 2/2010: 106-151) handeln zwei von insgesamt 15 Beiträgen von Lesben (abgesehen von einem Interview, in dem auch lesbische Beziehungen vorkommen). In dem einen geht es um Sadomasochismus und im anderen um die Abschaffung der „Lesbe“ zugunsten der Irgendwie-ist-alles-möglich-Frau; so ähnlich wie Queer, ohne aber diesen Begriff zu gebrauchen. Ganz auf dem Trockenen sitzen jene, die am Anfang oder mitten im Coming-Out stecken. Da dies für heterosexuelle Frauen kein Thema ist (warum eigentlich nicht?), ist es auch keins für EMMA. Es gibt lesbische Singles, Alleinerziehende, Muslimas, Patientinnen, Arbeitnehmerinnen, Rentnerinnen, ja sogar Prostituierte. Die lesbische Lebensweise umfasst mehr als nur eine bestimmte sexuelle Praxis. Die Interessen und Themen von Lesben sind nicht zwangsläufig identisch mit denen heterosexueller Frauen, trotzdem werden sie in EMMA-Beiträgen nicht mitgedacht.

Im Gegensatz zu LEO, in dem Lesben immerhin sprachlich einbezogen werden, signalisiert EMMA durch Sprache Distanz. So verzichten EMMA-Autorinnen sehr oft auf die Bezeichnungen „lesbisch“ und „Lesben“. Stattdessen ist häufig von „homosexuellen Frauen“ die Rede; die isländische Regierungschefin Jóhanna Sigurðardóttir (EMMA 2/2009: 12) oder die Zürcher Bürgermeisterin Corine Mauch (EMMA 3/2009: 16) werden als „offen homosexuell“ bezeichnet – ein Terminus, der an eine Zeit erinnert, in der Homosexualität pathologisiert wurde, und höchstens noch von der konservativen Mainstream-Presse verwendet wird. Selbst die altfränkischen „Lesbierinnen“ finden noch gelegentlich Aufnahme (EMMA 1/2012: 139). Die „gleichgeschlechtliche LebenspartnerInnenschaft“ wäre zwar sachlich, rechtlich, sprachlich und politisch korrekt, die „Schwulenehe“ (EMMA 1/2009: 19) bleibt trotzdem unredigiert, und dass die durchwegs verwendete Bezeichnung „Homo-Ehe“ eine schwule Schlagseite hat, fällt feministischen Redakteurinnen offenbar nicht auf. Auch in Formulierungen wie „[...] kämpft seit Jahrzehnten gegen die Diskriminierung von Frauen und Homosexuellen“

(EMMA 3/2011: 32) wird die Existenz von Lesben sprachlich verschleiert.

EMMA berichtet von Lesben – oberflächlich betrachtet – durchweg positiv. Die Distanzierung, die sich in der Themengestaltung und Sprachwahl zeigt, sowie die Marginalisierung und Trivialisierung der lesbischen Lebensform sind so subtil, dass sie als Diskriminierung nicht leicht erkennbar sind.

Kein Platz für Lesben? – Suche nach den Ursachen

Ursprünglich speisten sich Frauen- und Schwulenbewegung aus der gemeinsamen Ablehnung der festgefühten Geschlechterrollen sowie der Ehe und Kernfamilie (vgl. Jeffreys 2011: 18ff). Im Laufe der letzten 20 Jahre setzte sich zunehmend der Trend zur Angleichung an das heteronormative Modell durch – sowohl bei Schwulen (Sportlichkeit, Präsentation von Muskeln, sexualisiertes Verhalten) als auch bei Lesben (Übernahme des weiblichen Schönheitsideals, feminines Aussehen, Kinderwunsch) – was sich nicht zuletzt in der Durchsetzung der eingetragenen LebenspartnerInnenschaft äußert, die von Vielen als Synonym für die Ehe gesehen wird („heiraten“, „Hochzeit“, „meine Frau“, mein Mann“). Damit übernehmen Lesben und Schwule die gesellschaftlichen Rollenerwartungen, die an ihr Geschlecht gestellt werden – ohne aber wirklich dazuzugehören, weil ihre Lebensform den meisten Heterosexuellen trotz aller pseudoliberalen Bekundungen noch immer suspekt ist.

Sofern ihr „Anderssein“ nicht allzu sehr ins Auge fällt, sind Schwule Männer mit männlichen Privilegien (berufliche Entwicklungs- und Verdienstmöglichkeiten, Aussicht auf Machtpositionen, gesellschaftliche Höherwertigkeit; vgl. Siniawski 2009: 72), auf denen sie auch beharren, weil sie von diesem Status profitieren. Viele Schwule mögen keine Frauen, und anders als heterosexuelle Männer brauchen sie sie nicht einmal für den Sex. Aber (schwule) Männer verfügen über zahlreiche Ressourcen; sie haben Projekte, Institutionen, Kontakte und vor allem mehr Geld. Lesben und heterosexuelle Frauen dürfen mitmachen, solange sie die Schwulen unterstützen, ihnen dienlich und nützlich sind: als Unterhaltungskünstlerinnen, Politikerinnen, Juristinnen, Ärztinnen, in Beratungsstellen für HIV/Aids-

Betroffene oder Stricher oder als Journalistinnen. Der (schwule) Münchner Stadtrat Thomas Niederbühl stellt fest, Schwule würden von Journalistinnen „mit Samthandschuhen“ angefasst (zitiert nach Amberg 2011: 87). Es sind Journalistinnen, die in der Mainstream-Presse einen Großteil der wohlwollenden Artikel über Schwule schreiben und dabei die Lesben ausblenden (siehe in *Süddeutsche Zeitung*, *Die Zeit* oder *Der Spiegel*, sofern hier die Beiträge namentlich gekennzeichnet sind).

Infolge der schwul-patriarchal-sexistischen Gehirnwäsche – oder auch nur, weil es bei den Schwulen immer so fröhlich zugeht – sind sich viele Lesben über ihre Ausblendung nicht im Klaren und sehen daher keinen Grund, die Solidarität mit den Schwulen aufzukündigen. Dieses Anbieten ist von vielen Schwulen durchaus erwünscht. Anstatt Lesben sich solidarisieren und ihre eigenen Ziele verfolgen, wird ihnen mehr oder minder unterschwellig zu verstehen gegeben, sie sollten sich nicht verzetteln, sondern die Schwulen nach Kräften unterstützen. Alles andere bedeute nur eine Schwächung zur Erreichung „gemeinsamer Ziele“ oder wird gar als „lesbischer Separatismus“ (Siniawski 2009: 57) diffamiert – ähnlich wie es bereits „erfolgreich“ in der frühen ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsbewegung praktiziert wurde. Die Abwendung vieler Lesben vom lesbischen Feminismus zugunsten von gemischten Homo-/Gay-/Queer-Projekten hat in den letzten Jahren tatsächlich dazu geführt, dass lesbisch-feministische Projekte (Kneipen, Buchläden, Kulturprojekte usw.) unrentabel wurden und schließen mussten.

Sobald Lesben Unterstützung für ihre eigenen Angelegenheiten fordern, können sie günstigstenfalls Almosen erwarten. Denn was Lesben bekommen, darauf müssen Schwule verzichten. Dies bedeutet Konkurrenz – um öffentliche finanzielle Unterstützung, Personal, politische, wirtschaftliche und kulturelle Lobbyarbeit – und entsprechenden Gegenwind. Ein Beispiel hierfür ist der Münchner Christopher Street Day 2011. Um Lesben zu mehr Sichtbarkeit zu verhelfen, schlugen die VeranstalterInnen vor, die Parade einmalig in „Christina Street Day“ umzubenennen. Dies kam bei der Münchner „Community“ gar nicht gut

an: In LEO hieß es (ausnahmsweise) geschlechtsneutral, „in verschiedenen Szeneräumen wurden Unterschriftenlisten ausgelegt und vor allem im Internet brach ein Sturm der Entrüstung los“, und „die Mehrheit der Kommentare warnten vor einer ‚Übernahme des CSD durch Lesben‘, ereiferten sich über ‚lesbische Trittbrettfahrerinnen‘ oder riefen dazu auf, bei der nächsten Parade Tomaten und Eier auf die Demonstrantinnen zu werfen“ (Müller 2011).

In der bestehenden Form ist LEO kein schwul-lesbisches, geschweige denn ein Queer-Magazin, sondern macht sich zum Sprachrohr von Schwulen, die die „normale“ männerzentrierte Welt bewahren und nicht grundsätzlich verändern wollen – am besten noch mit ein paar handfesten materiellen und ideellen Privilegien für sich selbst (vgl. Jeffreys 2011: 14; 172f; 188f): Mithilfe der Verdrängung lesbischer Interessen können Schwule die Führungsrolle und Definitionsmacht des „Homosexuellen“ übernehmen und sich damit im Wettlauf um die Ressourcen einen entscheidenden Vorteil sichern. Zu diesem Zweck werden Lesben einerseits vereinnahmt und als Konsum-, Stimm- und Zählvieh instrumentalisiert, um die Zahl der „Betroffenen“ und damit den schwulen Einflussbereich zu vergrößern, und andererseits zu Objekten des „klassischen“ und „modernen“ Sexismus (vgl. Endrikat 2003) degradiert. Gleichzeitig vergrößert die nominelle lesbische Eingemeindung, zumindest vordergründig, die Zielgruppe für LEOs Anzeigenkundenchaft (vgl. Schmidt 2011: 41).

Aber auch (heterosexuelle) Feministinnen haben mit Lesben ihre Schwierigkeiten, wie schon die Frauenbewegung Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts zeigte. Anna Rüling war die erste und einzige, die 1904 die Bedeutung „homogener“ Frauen für die Frauenbewegung herausstrich und mit einiger Berechtigung annahm, der Grund für die zurückhaltende Thematisierung der „homosexuellen Frage“ und die fehlende Anerkennung für die Lesben innerhalb der Frauenbewegung könne die Furcht sein, der Sache bei „der noch blinden und unwissenden Menge zu schaden“ (zitiert nach Pieper 1984: 116). Aber diese Befürchtung sei nur „in den Kindertagen der Bewegung“ begründet gewesen, nicht

aber „heute“ (d.h. 1904). Mehr als 100 Jahre später lässt sich festhalten, dass Anna Rüling ihrer Zeit weit voraus war.

Obwohl Lesben sich u.a. für die Abschaffung des § 218, für die Strafbarkeit von Vergewaltigung in der Ehe, für die Einrichtung von Frauenhäusern eingesetzt haben – also Themen, die sie persönlich gar nicht betreffen – scheint eine gewisse Distanzierung von ihnen auch noch Anfang des 21. Jahrhunderts nötig zu sein, um den berechtigten Anliegen von Frauen wohlwollend gegenüberstehende Männer (und Frauen?) nicht vor den Kopf zu stoßen. Denn für EMMA wie für LEO scheint zu gelten: Wohlwollende Männer sind für das Überleben der Zeitschrift wichtiger als Lesben. Sie gewähren Interviews, Kontakte, Kredite, sollen bitte gerne Anzeigen schalten und sitzen nicht zuletzt bei einem Großteil der Leserinnen zu Hause.

Wichtig ist daher auch die immer wiederkehrende (ausgesprochene und unausgesprochene) Aussage: Wir haben nichts gegen Männer, wir möchten mit Männern leben und arbeiten; wir wollen das System nicht umkrempeln, sondern nur unseren Anteil vom Kuchen. Mit einer demonstrativen Umarmung von Lesben, die weder materiell noch emotional von Männern abhängig sind, klängen diese Beteuerungen unglaubwürdiger.

Nicht zuletzt sind „Lesben“ kein Thema wie jedes andere. Journalisten schreiben vermutlich nicht über Lesben, weil Männer statt über Frauen lieber über andere Männer schreiben. Journalistinnen schreiben zwar über Schwule, kaum aber über Lesben, um sich nicht dem Verdacht auszusetzen, womöglich selbst lesbisch zu sein: „Eigentlich spricht man ‚darüber‘ am besten überhaupt nicht. Und wenn man ‚darüber‘ spricht, läuft man Gefahr, sich zu verraten und, ob zu Recht oder Unrecht, als lesbisch [...] angesehen zu werden. Denn da ‚darüber‘ nicht geradeheraus gesprochen werden kann wie über andere Themen, kommt das Sprechen über Homosexualität – auch ohne reguläres ‚Bekenntnis‘ – bereits einem Bekenntnis gleich, denn der ‚normale Mensch‘ hat ja gar kein Bedürfnis, kein Interesse und keinen Anlass, ‚darüber‘ zu sprechen. [...] Sogar wenn ich nur das Wort *heterosexuell* verwende, mache ich

mich des Lesbischseins verdächtig, riskiere ich ein ungewolltes Coming-Out. Denn der ‚normale Mensch‘ in der HPG [= homophobischen Gesellschaft] hat keinen Anlass, Heterosexualität zu thematisieren. Sexualität ja, aber Heterosexualität ergibt nur dann als Thema einen Sinn, wenn ich zugleich Homosexualität im Sinn habe. Und wie könnte ich das, wenn ich nicht selber – – –?“ (Pusch 1999a: 39f).

Die Betonung des Besonderen, die Lesben sowohl bei LEO als auch bei EMMA zuteil wird, kommt im Sinne von Möller & Hornisch (2003: 228) einer Minderbewertung gleich. Nach den Untersuchungsergebnissen von Endrikat (2003) sind Frauen nicht generell weniger sexistisch (bei der Beurteilung von Frauen!) eingestellt als Männer. Dies führt dazu, dass selbst Frauen nicht unbedingt aus Frauen- bzw. Lesbensicht schreiben, sondern die männliche bzw. heteronormative Perspektive übernehmen und sich damit zu sexistischen Handlungsrinnen machen.

Da die sozialen, kulturellen und politischen Dimensionen der lesbischen Lebensform sowohl von schwuler als auch von heterosexuell-feministischer Seite ausgeblendet werden, ist es kein Wunder, dass diese Dimensionen bei PolitikerInnen nicht präsent sind. Die männlich-heterosexuelle Dominanz spiegeln LEO und EMMA genauso wider wie die Mainstream-Presse. Lesben, die diese Vorgabe akzeptieren und bereit sind, einen Teil ihrer Persönlichkeit abzuspalten und entweder die männlich-schwulen Perspektiven für sich übernehmen oder sich mit den weiblich-heterosexuellen Themen und Anliegen identifizieren, können auf eine Nische innerhalb dieser Medien hoffen. Lesben, die ganz ohne Männer auskommen und sich auch in keiner Weise auf sie beziehen, finden dort keinen Platz. Sie können sich nur in dezidiert lesbischen Medien zu Wort melden; die öffentliche Wahrnehmung als Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe bleibt damit nahezu ausgeschlossen.

Verwendete Literatur:

Amberg, Elke: Schön! Stark! Frei! Wie Lesben in der Presse (nicht) dargestellt werden. Sulzbach/Taunus 2011

Bischoff, Gabriele: Mehr lesbische Präsenz in Publikums- und Jugendzeitschriften (= Pressemitteilung der LAG Lesben in NRW e.V. vom 10. Oktober 2008). Düsseldorf 2008

Bullion, Constanze von: Alles homo, oder was? <http://www.sueddeutsche.de/k5X38H/2945269/Alles-homo-oder-was.html>. Stand: 27.06.2009, aufgerufen 27.06.2009

Deutschlandradio (Hg., o.V.): Unsichtbare Lesben. http://wissen.dradio.de/homosexualitaet-unsichtbarelesben.33.de.html?dram:article_id=5520&sid, Stand: 20.09.2010, aufgerufen 15.02.2011.

EMMA, Ausgaben Juli/August (H. 4) 2008 bis Mai/Juni (H. 3) 2009; ferner H. 4/2009; H. 2 bis 4/2010; H. 2 und 3/2011; H. 1 und 2/2012. Köln

Endrikat, Kirsten: Ganz normaler Sexismus – Reizende Einschnürung in ein Rollenkorsett. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände, Folge 2. Frankfurt a.M. 2003, S. 120-141

Erlemann, Britta: Lesben kaum in den Medien. In: M – Menschen machen Medien, Jg. 58, H. 3, 2009, S. 18.

Hansestadt Bremen, Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales (Hg.): Lesben als Patientinnen. Frauengesundheitsbericht Bremen 2001, S. 27–28

Huhnke, Brigitta: Macht, Medien und Geschlecht. Eine Fallstudie zur Berichterstattungspraxis der dpa, der taz sowie der Wochenzeitungen Die Zeit und Der Spiegel von 1980–1995 (= Studien zur Kommunikationswissenschaft, 7). Opladen 1996

Janssen-Jurreit, Marielouise: Sexismus. Über die Abtreibung der Frauenfrage. Frankfurt a.M. 1980

Jeffreys, Sheila: Lesben in der Queer-Politik: ohne Zukunft. Norderstedt 2011

Journalistinnenbund e.V.: Internationale Medienbeobachtung GMMP und Ergebnisse für Deutschland: Frauenpräsenz in den Nachrichten noch immer niedrig. Online auf: <http://www.journalistinnen.de/aktuell/pressemitteilungen/20100305.html>, Stand: 05.03.2010, aufgerufen 10.03.2010

Landeshauptstadt München, Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen (Hg.): Unter'm Regenbogen. Lesben und Schwule in München. Ergebnisse einer Befragung durch die Landeshauptstadt München. München 2004

Landeshauptstadt München, Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen (Hg.): Mittendrin! Oder außen vor? Wissenswertes über Lesben und Schwule. München 2008

Landeshauptstadt München, Referat für Gesundheit und Umwelt (Hg.): Frau und Gesundheit – Vorsorge für Lesben (= Faltblatt). München 2007

LEO – für Schwule und Lesben in München und Region, Ausgaben Juli (H. 7) 2008 bis Juni (H. 6) 2009. München

LEO – das queere Magazin in Bayern, Ausgaben Juli (H. 7) bis September (H. 9) 2011. Hamburg

Lesbengesundheit.de: Die Seite für Lesbengesundheit im deutschsprachigen Netz.

<http://www.lesbengesundheit.de/index.shtml>.

Stand: Juli 2009, aufgerufen 06.05.2010

Möller, Renate & Hornisch, Thomas: Wo ist der Sexismus? oder Das Normale entzieht sich der Wahrnehmung. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände, Folge 2. Frankfurt a.M. 2003, S. 220-229

Müller, Bernd: „Lesben sind voll schwul“.

www.leo-magazin.de/no_cache/news/news-detailseite/article/lesben-sind-voll-schwul//12dd60ee50942af3ad5d08706bf44314/, Stand 21.03.2011, aufgerufen 04.04.2011

Pankratz, Helga: Diskretion Ehrensache – Lesben, Schwule und Medien. In: Stimme von und für Minderheiten, Nr. 30/I, 1999. Online auf: <http://minderheiten.at/stat/stimme/stimme30.htm>, Stand:1999, aufgerufen 26.1.2011

Pieper, Mecki: Die Frauenbewegung und ihre Bedeutung für lesbische Frauen (1850–1920). In: Berlin Museum (Hg.): Eldorado. Homosexuelle Frauen und Männer in Berlin (1850–1950) – Geschichte, Alltag und Kultur. Berlin 1984, S. 116-124

Pusch, Luise F: Ein Streit um Worte? Eine Lesbe macht Skandal im Deutschen Bundestag. In: Die Frau ist nicht der Rede wert. Frankfurt a.M. 1999a, S. 37-67

Pusch, Luise F: Homophobische Diskurse, Dekonstruktion, *Queer Theory*: Eine feministisch-linguistische Kritik. In: Die Frau ist nicht der Rede wert. Frankfurt a.M. 1999b, S. 68-86

Reinberg, Brigitte & Roßbach, Edith: Stichprobe: Lesben. Erfahrungen lesbischer Frauen mit ihrer heterosexuellen Umwelt. Pfaffenweiler 1995

Schmerl, Christiane: In die Presse geraten. Darstellung von Frauen in der Presse und Frauenarbeit in den Medien. Köln 1985

Schmidt, Christine: Wie lesbisch ist ein schwul-lesbisches Stadtmagazin? Entdeckungen am Beispiel von „LEO – für Schwule & Lesben in München und Region“. In: Diversitas. Zeitschrift für Managing Diversity und Diversity Studies, H. 2/2011, S. 33-43

Schönig, Karin: Lesben und Gesundheit. In: Landeshauptstadt München, Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen (Hg.): Lesben l(i)eben in München. München 2010, S. 46-49

Schultze, Christian: Sichtbarkeit von Lesben in den Medien und der Öffentlichkeit.

<http://www.suite101.de/content/sichtbarkeit-von-lesben-in-den-medien-und-der-oeffentlichkeit-a100251>, Stand: 03.02.2011, aufgerufen 15.02.2011

Siniawski, Adalbert: Schwul-lesbischer Journalismus in Deutschland. Marburg 2009

Trömel-Plötz, Senta: Feminismus und Linguistik. In: Pusch, Luise F. (Hg.): Feminismus. Inspektion der Herrenkultur. Frankfurt a.M. 1983, S. 33-51

Zinn, Alexander: Szenarien der Homophobie – Apologeten und Vollstrecker. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände, Folge 3. Frankfurt a.M. 2005, S. 207-219

Netzwerke/Aktionen Resolutionen

Initiative feministischer Wissenschaftlerinnen Aufruf für eine soziale, geschlechtergerechte und offene Gesellschaft!¹

Im Wahlkampf 2013 war Geschlechtergerechtigkeit kein Thema. Es geht nur noch um Fragen, wie der Anteil von Frauen in Aufsichtsräten erhöht werden kann und ob der Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige dem Bedarf entspricht. Ist das ausreichend? Nein! Deshalb halten wir² eine feministische Kritik für dringlicher denn je und plädieren für ihre Neubelebung!

Die einschlägige Forschung und unsere alltägliche Erfahrung zeigen:

- Frauen verdienen weniger als Männer
- Mütter bringen deutlich mehr Zeit für die Familie auf als Väter
- Mütter verzichten oft auf eine existenzsichernde Erwerbstätigkeit oder müssen in prekären Verhältnissen und unter ihren beruflichen Qualifikationen arbeiten
- Rentnerinnen haben ein im Schnitt 60% geringeres Einkommen als Rentner

¹ Der im folgenden Text verwendete Unterstrich entspringt der queeren Praxis, entspricht aber nicht unserem Sprachgebrauch, der in dem großen I eine gute Lösung sieht, um beide Geschlechter auszudrücken.

² Wir, das sind Wissenschaftlerinnen in Forschungsinstitutionen und an Hochschulen.

- Allein Erziehende und Familienernährerinnen sind häufig arm
- Frauen müssen sexuelle Belästigung und Gewalt erleben
- Frauen werden häufiger Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution.

Diese Liste ließe sich um zahlreiche Aspekte erweitern. Sie macht deutlich, dass Geschlechterungleichheit sich als politisches Thema keinesfalls überholt hat. Geschlechterungleichheiten müssen heute jedoch in einem breiteren gesellschaftlichen Zusammenhang diskutiert werden, der weit über die Geschlechterfrage – die Ungleichheit zwischen Frauen und Männern – hinausreicht. Folgende beunruhigende Entwicklungen in Richtung Prekarisierung und Ausgrenzung müssen von feministischer Kritik berücksichtigt werden:

- Wir erleben eine zunehmende Prekarisierung von Erwerbsarbeit. Schwächere werden durch Sozialstaatsreformen marginalisiert.
- Wir beobachten, wie sich das Leitbild der Aktivierung durch alle Lebensbereiche zieht. Damit wird nicht nur Niedriglohnarbeit und unsicheren Jobs Vorschub geleistet, sondern auch ein selbstbestimmtes Leben jenseits der Erwerbsarbeit nahezu unmöglich macht.
- Wir sehen, wie soziale Fragen immer mehr von ökonomischen Interessen an den Rand gedrängt werden. Die Sorge für Kinder, Ältere und Kranke wird immer schwieriger.
- Wir erleben einen neoliberalen Umbau der Gesellschaften, der zu einer Zunahme sozialer Ungleichheit führt und alles und alle dem Vorrang der Verwertbarkeit unterordnet.
- Wir halten es für falsch, welche Wertigkeit die Politik den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zumisst und dementsprechend die Ressourcen umschichtet. Während z.B. Banken zügig mit viel Geld gerettet werden, bleiben drängende soziale und ökologische Probleme unbearbeitet.
- Wir sind entsetzt, dass an den Grenzen Europas tagtäglich vor Krieg und Armut fliehende Menschen ihr Leben verlieren, weil die Sicherung nationaler und europäischer Interessen Vorrang hat.
- Wir stellen fest, wie inhuman die gegenwärtige Einwanderungspolitik nach Maß-

gabe ökonomischer Effizienz organisiert wird. Hochqualifizierte Migrant_innen sind willkommen, das Menschenrecht auf Asyl wird hingegen mit den Füßen getreten. In Deutschland sind Diskriminierung, rechte Gewalt, Ausgrenzung von Migrant_innen und Rassismus alltäglich.

- Wir sind besorgt darüber, wie die Politik der Troika Menschen in Griechenland, Spanien und anderen südeuropäischen Ländern in sozial aussichtslose Lebenssituationen und Armut stürzt. Die Folgen der Einschnitte in sozialen Bereichen müssen besonders von Frauen getragen werden.

Wir plädieren für die Neubelebung einer feministischen Bewegung und Politik. Was ist damit gemeint?

Eine feministische Perspektive geht über die notwendige Überwindung von Geschlechterhierarchien und -vorurteilen hinaus. Sie rückt Gleichstellung und Anerkennung in den Kontext gesellschaftlicher Veränderungen, die sich an sozialemanzipatorischen Zielen orientieren. Die Gleichstellungspolitik der letzten Jahre hat sich hingegen weitgehend auf kosmetische Korrekturen beschränkt.

Der emanzipatorische Gehalt feministischer Kritik muss deshalb wieder neu erstritten werden! Wir wollen diese notwendige Neuausrichtung feministischer Kritik an drei zentralen Themenfeldern veranschaulichen: an den neuen Erwerbsumumutungen in Zeiten von Aktivierung und Prekarisierung, an ungelösten Sorgekonflikten sowie an globaler Ausbeutung und nationaler Abschottung.

1. Neue Zumutungen in Zeiten von Aktivierung und Prekarisierung

Nicht erst seit der Agenda 2010 orientiert sich der Umbau des Sozialstaates am Leitbild der Aktivierung. Der ‚schlanke‘ Sozialstaat soll primär Rahmenbedingungen für die ‚Leistungsfähigen‘ bereitstellen. Wer nicht dazu gezählt wird, bekommt eine Grundsicherung zugebilligt (Hartz IV). Deren Gewährung ist an Forderungen und Kontrollen gebunden.

Aktivierung ist der Appell an alle, sich selbst zu versorgen. Der Druck auf Hartz IV-Empfänger_innen, jede Arbeit anzunehmen, führt oft in prekäre Arbeitsverhältnisse. Geringfügige Beschäftigung, Niedrig-

löhne, Leiharbeit, kurzfristige Arbeitsverträge und unbezahlte Praktika haben in den letzten Jahren drastisch zugenommen. Erwerbsarbeit ist häufig nicht mehr existenzsichernd bzw. so unsicher, dass sie keine langfristige (familiäre) Lebensplanung ermöglicht. Insbesondere die Minijobpraxis, mit oftmals untertariflich oder sogar sittenwidrig niedrigen Löhnen, verringert die Chancen für ein selbstbestimmtes Leben massiv. Sie ermöglicht keine Vorsorge und betrifft insbesondere Frauen und Alleinstehende mit Kindern.

Der gefeierte Rückgang der Erwerbslosenzahlen verdeckt die Bedingungen, unter denen viele arbeiten: immer mehr Menschen beziehen trotz ihrer Erwerbsarbeit Arbeitslosengeld II, teilweise sogar bei einer Vollzeitstelle. Während in der öffentlichen Debatte Hartz IV vor allem als Hilfesystem für Langzeitarbeitslose diskutiert wird, ist die Grundsicherung längst auch zu einer Transferleistung für Frauen und Männer mit Niedrigstlöhnen geworden.

Die Hartz-IV-Empfänger_innen sind nicht nur einem starken Druck und einer permanenten Kontrolle ausgesetzt. Nehmen sie ihre sozialen Rechte wahr, wird ihnen Faulheit, Arbeitsunwilligkeit und die ‚schamlose‘ Inanspruchnahme sozialer Leistungen auf Kosten anderer unterstellt. Es ist höchste Zeit, dass die Stigmatisierung der Hartz IV-Empfänger_innen aufhört! Die Aktivierungspolitik propagiert ein bestimmtes *Menschenbild*. Nur der wirtschaftliche Nutzen des Einzelnen zählt. Erwerbslose wie Erwerbstätige sollen ihre Umgebung als Markt wahrnehmen, auf dem sie ihre „Potenziale“ und „Ressourcen“ möglichst effektiv und gewinnbringend „investieren“. Dieses Menschenbild hat zerstörerische Folgen: Die Effizienz- und Rationalitätslogik kapitalistischen Wirtschaftens höhlt grundlegende Bedingungen des Zusammenlebens und einer sinnvollen Lebensführung aus. Menschen sind aufeinander angewiesen, Aktivierung hingegen fördert Egoismus und Konkurrenz. Die Auswirkungen dieser Politik sind je nach sozialem Status, Geschlecht, Alter und Herkunft sehr unterschiedlich. Sie werden teils unmittelbar als radikale Veränderung der Lebenssituation teils als vages Unbehagen erfahren – aber insgesamt als Bedrohung von Lebensqualität. Für Menschen mit Verantwortung für Kinder sowie mit

Sorgeaufgaben für alte Menschen – also meist Frauen – ist diese Politik besonders dramatisch, weil sie zu verschärften Konflikten zwischen Fürsorge und Erwerbsarbeit führen.

- Wir fordern die Überwindung prekärer Arbeitsformen, die mit der ständigen Androhung von Jobverlust, mit Befristung, respektloser Behandlung am Arbeitsplatz Frauen und Männer unter Druck setzen und verunsichern. Wir brauchen eine Offensive für „gute Arbeit“!
- Wir fordern die Einbeziehung aller Beschäftigungsverhältnisse – auch der Mini- und Midi-Jobs – in die Sozialversicherung sowie die Beendigung von Beschäftigungspraktiken mit nicht existenzsichernden Einkommen.
- Wir fordern, Hartz IV durch eine garantierte menschenwürdige Grundsicherung zu ersetzen, die weder an Kontrollen oder Strafen gebunden noch mit einer Bedarfsgemeinschaft verknüpft ist.
- Wir fordern, dass die (öffentliche) Stigmatisierung von Hartz IV Empfänger_innen aufhört.
- Menschen, die Möglichkeiten eines sinnvollen, sozial orientierten Lebens jenseits der Erwerbsarbeit erproben, müssen öffentliche Anerkennung und Förderung erfahren.

2. Ungelöste Sorgekonflikte in Zeiten der Prekarisierung

Die Aktivierung hat weitreichende Folgen: Die Umstellung der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik vom (westdeutschen) Leitbild des vollzeitarbeitenden Mannes mit teilzeitbeschäftigter Ehefrau auf das Modell der „allgemeinen Erwerbstätigkeit“ führt zu neuen Widersprüchen. Worin bestehen diese Widersprüche? Alle erwerbsfähigen Erwachsenen sollen auf der Grundlage der eigenen Erwerbsarbeit ihre Existenz sichern und für ihr Alter vorsorgen – und zwar ganz unabhängig davon, ob und in welchem Umfang sie Sorgeverpflichtungen zu erfüllen haben und wie sie diese bewältigen können. Für viele Eltern(teile) und Pflgende ist es aber nahezu unmöglich, in einem Umfang am Arbeitsmarkt teilzuhaben, mit dem sie ihren heutigen Lebensunterhalt und ihre künftige Rente sichern können. Weder die Gestaltung der Arbeitswelt – z.B. die Arbeitszeiten – noch die wohlfahrtsstaatlichen Rahmenbedingungen –

wie die Infrastruktur für Kinderbetreuung und Pflege – sind auf dieses neue Modell eingestellt. Die ständig ausgeweitete Flexibilität im Erwerbsleben, die zunehmende Nacht- und Wochenendarbeit, die wachsende räumliche Mobilität von Familien und das Leben von beruflich mobilen Arbeitnehmer_innen in getrennten Haushalten erschweren das Leben der Menschen. Dies führt zu einer gestiegenen Erschöpfung von Eltern und Pflegenden aufgrund dieser Mehrfachbelastungen.

Die Pflicht zu „allgemeiner Erwerbstätigkeit“ bedeutet nicht nur einen radikalen Wandel der Arbeitsmarktpolitik in Richtung Aktivierung. Verändert hat sich auch die familienpolitische Vorstellung davon, was gut für Kinder und ihre Eltern, was gut für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen, was gut für die ganze Familie ist.

Dieser Wandel deckt sich nur auf den ersten Blick mit dem emanzipatorischen Wunsch sowie der ökonomischen Notwendigkeit vieler Frauen nach einer Erwerbstätigkeit. Auf den zweiten Blick wird deutlich, wie problematisch diese einseitige Vereinnahmung einer gleichstellungs-politischen Forderung durch die gegenwärtige neoliberale Politik ist, denn:

Erstens: Die Bedingungen, unter denen gegenwärtig die Erwerbsarbeit geleistet wird, wurden kaum hinterfragt. Die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt kann aber kaum emanzipatorisch sein, wenn die Lohnungleichheiten zwischen Männern und Frauen weiter bestehen bleiben. Frauen müssen sich an Normen der Erwerbsarbeit messen (lassen), die für „häuslich entlastete“ Männer ohne Familienpflichten geschaffen wurden (diese Normen sind ebenso unpassend für Männer mit Familienpflichten). Ebenso wenig kann es eine geschlechtergerechte Lösung sein, dass durch Teilzeitarbeit und Minijobs „Reservate“ frauenspezifischer Erwerbstätigkeit geschaffen werden. Diese mehrheitlich weiblichen Erwerbsformen sind zwar auf den ersten Blick zeitlich kompatibel mit Familienarbeit, erlauben aber keine eigenständige Existenzsicherung und sind für Frauen hoch riskant.

Zweitens: Es gibt ethische Grenzen der Flexibilisierung von Arbeit und Leben. Kinder, die lange alleine zuhause sind, schlecht versorgte Ältere, hohe Scheidungszahlen und zunehmende Burn-Out-

Fälle sind Anzeichen dafür, dass die Grenzen des Zumutbaren erreicht sind. Es stellt sich die Frage, ob etwa eine Kita „rund-um-die-Uhr“ überhaupt den Wünschen und Lebensvorstellungen von Eltern einerseits und von Kindern andererseits entspricht, auch wenn damit vordergründig Vereinbarkeitskonflikte entschärft werden. Es stellt sich auch die Frage, welche Wünsche und Wahlmöglichkeiten hinsichtlich ihrer Versorgung Kranke, Pflegebedürftige oder Ältere haben. Diese Fragen gehen über eine funktionale Vereinbarkeits- und Flexibilisierungslogik deutlich hinaus und werden derzeit durch ökonomische Rationalitätskalküle in den Hintergrund gedrängt.

Drittens: Die sozialpolitische Aktivierungsstrategie führt zu neuen Sorgekonflikten. Sie verschärft die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für erwerbslose Menschen und ihre erwerbstätigen Angehörigen. Die Aktivierungsstrategie hat in einem regionalen Umfeld hoher Arbeitslosigkeit nicht nur den Druck erhöht, jegliche, auch wenig familiengerechte Arbeit anzunehmen, sondern sie hat zugleich private Ressourcen beschnitten, die die Sorgekonflikte der flexibel Arbeitenden bisher entschärft haben. Arbeitsagenturen und Jobcenter nehmen nur in einem eng gesteckten Rahmen Rücksicht auf Betreuungs- und Pflegeaufgaben der Empfänger_innen von Arbeitslosengeld. War es vorher möglich, dass arbeitslose Partner_innen, Verwandte und Freunde die Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen übernahmen, so steht dies heute unter dem Vorbehalt, dass diese Erwerbslosen den Bezug von Sozialleistungen durch Aktivitäten rechtfertigen müssen, die ihre Arbeitsbereitschaft beweisen sollen.

Selbst bei 100%igem Bedarfsdeckungsgrad mit Kitas und Altenpflegediensten verbleibt viel Sorgearbeit bei den Familien. Wir brauchen eine umfassende Aufwertung der Sorgearbeit in den vielfältigsten Formen und keine Verächtlichmachung und Abwertung häuslicher Arbeit mit Begriffen wie „Herdprämie“. Die Bedingungen in der Arbeitswelt müssen darauf eingestellt werden, dass viele Arbeitende Sorgeverpflichtungen haben. Die privat in der Familie erbrachte Sorgearbeit muss durch Anspruchsrechte gegenüber dem Staat und den Unternehmen erleichtert werden. Insbesondere bestehen hier Defizite für pfe-

gebedingte Ausstiege. Da die Angehörigenpflege eigene, von der Kindererziehung abweichende Rahmenbedingungen aufweist, muss diesen besonders Rechnung getragen werden.

Die „Zeitsensibilität“ für Fürsorgenotwendigkeiten muss erhöht werden, nicht nur in den Betrieben, sondern auch gegenüber den Bedürfnissen von Eltern und Pflegenden als Konsument_innen, Patient_innen und Ratsuchenden: in Verwaltungen und Schulen, bei Ärzt_innen, in Dienstleistungseinrichtungen und bei Verkehrsbetrieben. Zur Förderung egalitärer Geschlechterarrangements sind vor allem sozial und arbeitsrechtlich abgesicherte Freistellungsmöglichkeiten über den Lebensverlauf hinweg sowie Anreize zur Teilung von Sorgearbeit wichtig. Leistungen, die der Arbeitsmarktintegration von Frauen entgegenstehen, müssen beseitigt werden.

- Notwendig ist eine finanzielle Absicherung, gesellschaftliche Aufwertung und egalitäre, geschlechtergerechte Teilung von Sorgearbeit. Männer müssen ihren Anteil daran übernehmen.
- Sorgearbeit darf nicht ausschließlich als private Arbeit betrachtet werden, sondern muss als qualitativ hochwertige Dienstleistung öffentlich organisiert und auch weitgehend öffentlich finanziert werden. Die professionelle Sorgearbeit – ob in Kitas, Pflegediensten oder Krankenhäusern – muss aufgewertet und leistungsgerecht entlohnt werden.
- Wir fordern den zügigen Ausbau von öffentlicher Kinderbetreuung, um Eltern und insbesondere Frauen zu ermöglichen, erwerbstätig zu sein, *und* dass die Betreuung von Kindern und Hilfsbedürftigen als gesellschaftlich wie individuell unverzichtbare, der Erwerbsarbeit gleichgestellte Tätigkeit anerkannt wird.
- Wir fordern einen kürzeren Arbeitszeitstandard, um die Zentralität von Erwerbsarbeit zurückzudrängen und um Zeit für private und gesellschaftliche Belange zu eröffnen. Arbeitszeiten sollen unterschiedlichen Bedürfnissen entsprechend über den Lebensverlauf verteilt werden können. Dies ist eine Voraussetzung dafür, dass die ungleiche Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen aufgebrochen werden kann.

-

3. Globale Ausbeutung und nationale Abschottung

Das kapitalistische Wirtschaftssystem dominiert weltweit und prägt nicht nur die Verhältnisse (nationaler) Ökonomien zueinander, sondern auch die Beziehungen und Hierarchien zwischen den Menschen. Die Menschen im Norden profitieren von der Ausbeutung der Menschen im Süden. Hier billige Waren, dort Hungerlöhne. Extreme Ausbeutung von Frauen in Bangladesh und anderswo füllt die Regale bei deutschen Discountern. Niedriglöhner_innen können sich wiederum kaum mehr als den Kauf billiger Textilien oder Nahrungsmittel erlauben. Nahezu alle Fragen aktueller Politik haben eine europäische oder eine globale Dimension. Unser Leben steht in Beziehungen und Ausbeutungsverhältnissen zu Menschen in anderen Ländern. Unsere alltägliche Lebensführung und Teilhabe sind eingebunden in komplexe internationale Strukturen höchst ungleicher Arbeits- und Sorgeverhältnisse: Die möglichst kostengünstige Ausnutzung menschlicher Arbeitskraft durch Prekarisierung und Flexibilisierung wird durch die Konkurrenz mit sogenannten „Billiglohnländern“, durch internationale Arbeitsteilungen, durch Räume drastischer Ausbeutung, wie die ‚Freihandelszonen‘, transnational gestützt. Die verschärften Sorgekonflikte werden zum Teil durch Pflegemigration und globalisierte Haushaltsarbeit entschärft. Frauen aus Afrika, Lateinamerika, Asien und Osteuropa machen sich auf den Weg in die reichen Länder der Welt, um sozialer Not zu entfliehen und Geld für ihre zu Hause gebliebenen Familien zu verdienen. Sie arbeiten im Norden in prekären und ungeschützten Arbeitsverhältnissen, teilweise in Privathaushalten, die die Arbeitsrechte nicht einhalten.

Die Umbrüche in den westeuropäischen Ländern vollziehen sich in einem globalen Kontext der Zerstörung von Lebensgrundlagen, des Klimawandels, militärischer Konflikte sowie von Gewalt und Ausbeutungsverhältnissen. Die globalen Verteilungskonflikte werden durch den Klimawandel verstärkt. Militärische Konflikte und Zerstörung der Lebensgrundlagen sind weder in ihren Ursachen noch in ihren Auswirkungen lokal begrenzt. Weltweite Migrationen sind eine Folge davon. Während Unternehmen über Grenzen hinweg

agieren und der Güterverkehr schrankenlos ist, wird die Personenfreizügigkeit massiv eingeschränkt. Nationalstaaten beantworten Migrationen mit einer unbarmherzigen Einwanderungspolitik. Es wird zwischen erwünschten und unerwünschten Migrant_innen unterschieden. Globale Mobilität hängt davon ab, welche soziale Herkunft und welches Geschlecht Menschen haben. Beispiellos ist die EU-Migrationspolitik. Die EU betreibt eine massive Abschottung nach Außen, auch gegenüber Menschen, die vor Armut, Krieg und Verfolgung fliehen. Millionen fließen in die Finanzierung der Grenzsicherung. An den Grenzen Europas werden die Menschenrechte in fatale Weise verletzt! 50% aller Flüchtlinge sind laut UN-Angaben Frauen und Mädchen. Sie fliehen auch aufgrund geschlechtsspezifischer Gründe: vor Vergewaltigung, Genitalverstümmelung, Zwangsprostitution und Zwangsverheiratung. Die Anerkennung geschlechtsspezifischer Fluchtgründe wird aber kaum akzeptiert. Die wenigsten von ihnen erreichen Europa. Menschen fliehen aber nicht nur vor Krieg und Vergewaltigung, sondern auch vor den Folgen der EU Wirtschafts- und Subventionspolitik, die Deutschland maßgeblich mitverantwortet. Diese Politik zerstört Lebensgrundlagen: Die Existenzen der Bäuer_innen in afrikanischen Ländern werden durch die Überschussware aus europäischen Agrarsubventionen vernichtet. Beispiellos sind die Folgen der europäischen Fischereipolitik. Diese sichert sich durch zahllose Verträge die Fangrechte und ruiniert damit die Lebensgrundlagen der Fischer an den Küsten.

Menschen, die ihr Land verlassen, um ein besseres Leben zu führen, Anteil am Wohlstand zu nehmen oder vor Krieg und Folter zu fliehen, dürfen nicht zur Inszenierung von Bedrohungsszenarien für wahlkampfpolitische Zwecke missbraucht werden. Deutschland ist ein Einwanderungsland! In scharfem Gegensatz dazu stehen die begrenzten Partizipationschancen vieler Migrant_innen. Migrant_innen sind doppelt so häufig erwerbslos, Frauen mit Migrationshintergrund sind von Integrationsbarrieren besonders betroffen. Beispiellos ist die diskriminierende Behandlung der Asylbewerber_innen und Geduldeten, die per Gesetz aus den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens in Deutsch-

land ausgeschlossen sind. Sie haben keinen Zugang zu Arbeit und Bildung, zu sozialen Beziehungen und zum kulturellen Leben. Die Protestbewegungen der Flüchtlinge in Berlin und in anderen Städten machen seit geraumer Zeit auf diese unhaltbare Situation aufmerksam. Unterbringung in Sammellagern, Residenzpflicht und Arbeitsverbot sollen die Lebensbedingungen der Flüchtlinge so abschreckend wie möglich machen. Es ist höchste Zeit, dass Asylbewerber_innen einen Zugang zu Arbeit, Bildung, eine menschenwürdige Unterbringung und das Recht auf Bewegungsfreiheit in Deutschland erhalten.

Alltäglicher Rassismus betrifft nicht nur Flüchtlinge! Gesellschaftliche Teilhabe und politischer Einfluss wird vielen Migrant_innen seit Generationen verwehrt, sei es per Gesetz oder per alltäglicher Diskriminierung. Die Verweigerung der Gleichberechtigung prägt Lebenswege und beschneidet soziale Chancen. Die Mordserie der NSU hat in skandalöser Weise den Umgang staatlicher Behörden mit rechtsextremem Terror zu Tage gebracht. Es geht hier nicht um Behördenversagen, sondern um strukturellen Rassismus in deutschen Institutionen, der zu bekämpfen ist.

□ Wir fordern eine Einwanderungspolitik, die den Zuzug von Migrant_innen als Chance und Bereicherung wahrnimmt und ihre Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen ins Zentrum stellt. Einwanderungspolitik darf nicht nach der Maßgabe ökonomischer Effizienz gestaltet werden.

- Asylbewerber_innen dürfen im Wahlkampf nicht für politische Stimmungsmache instrumentalisiert werden. Asylsuchende sollen nicht länger in menschenunwürdigen und isolierten Unterkünften untergebracht werden, sie haben ein Recht auf Bewegungsfreiheit. Wir fordern die Abschaffung der Residenzpflicht. Asylbewerber_innen brauchen einen Zugang zu Arbeit und Bildung. Ihr rechtloser Status muss aufgehoben werden.
- Die deutsche Politik muss sich dafür einsetzen, dass schutzbedürftige Flüchtlinge in Europa Zuflucht finden können. Sie muss das Aufnahmekontingent für Flüchtlinge aus (Bürger-)Kriegsgebieten erhöhen.
- Die Aufnahme der Flüchtlinge in den EU-Staaten muss gerecht verteilt werden.

Regelungen (z.B. die Dublin II-Verordnung), die die ungleiche Verteilung von Asylbewerber_innen zur Folge haben, müssen abgeschafft werden.

- Die gesetzlich zugesicherte Anerkennung geschlechtsspezifischer Asylgründe muss in Deutschland umfassend umgesetzt werden.
- Wir setzen uns für transnationale feministische Solidarität ein und fordern den Abbau von Rassismus und Diskriminierung.

Wir wollen die feministische Debatte neu entfachen – wir haben die Probleme keineswegs vollständig und umfassend beschrieben. Die Diskussion um ein gemeinsames Leben in einer globalisierten Gesellschaft muss bei den sozialen, politischen, ökonomischen und kulturellen Rechten aller Menschen in dieser Gesellschaft ansetzen. Darin sind auch die gleichen Rechte von Frauen wie Männern eingeschlossen. Ökonomisierung und Prekarisierung sind keine Naturgewalten, sondern das Ergebnis politischer Entscheidungen!

Liste Erstunterzeichnerinnen

Dr. Diana Auth, Prof. Dr. Brigitte Aulenbacher, Dr. Brigitte Bargetz, Prof. Christine Bauhardt, Dipl. Pol. Ortrun Brand, Dr. Sabine Berghahn, Prof. Dr. Angelika Diezinger, Dr. Magdalena Freudenschuss, Dipl. Soz. Tatjana Fuchs, MA Anja Gregor, Dipl. Soz. Jana Günther, M.A. Jette Hausotter, Prof. Annette Henninger, Dr. Bettina Jörgens, Dr. Karin Jurczyk, Prof. Dr. Helma Lutz, Dr. Gisela Notz, Dr. Jasmin Touati, Prof. Dr. Barbara Thiessen, Dr. Alexandra Manske, Dr. Irene Messinger, Prof. Hildegard Maria Nickel, Prof. Dr. Melanie Plößer, Prof. Dr. Ute Klammer, Dr. Christina Klenner, Prof. Dr. Sigrid Leitner, Dr. Yvonne Lott, Dipl. Kfzr. Heike Pantelmann, Dipl. Soz. Katharina Pühl, Prof. Dr. Clarissa Rudolph, Dr. Karin Scherschel, Dr. Alexandra Scheele, Dr. Tanja Schmidt, Dipl. Soz. Karen Schierhorn, Prof. Dr. Frauke Schwarting, Prof. Dr. Brigitte Stolz-Willig, Dr. Maria Wersig, Prof. (em.) Brigitte Young PhD
Dieser Aufruf kann von allen Personen unterzeichnet werden, die ihn unterstützen wollen. Dazu bitte eine e-Mail senden an: feministische_initiative@gmx.de

SOLWODI: Mach den Schluss-Strich! Petition gegen Sexkauf

An die Bundesregierung von Deutschland:
Der Kauf sexueller Dienstleistungen in

Deutschland muss gesetzlich verboten werden

Mach den Schluss-STRICH!

Keine Frauensklaverei in Deutschland!

Prostitution ist seit über zehn Jahren in Deutschland ein Beruf wie jeder andere.

Die Bilanz – dramatisch

Die Lebensbedingungen von Frauen in der Prostitution – schlimmer denn je.

Der Handel mit Frauen in die Zwangsprostitution – dramatisch gestiegen.

Deutschland – ein Zentrum dieses Handels.

Die Verlierer – die Frauen in der Prostitution

Die meisten

- arbeiten ohne Vertrag, ohne jegliche Sicherheit
- werden ausgebeutet, arbeiten unter Druck oder Zwang
- trinken Alkohol oder nehmen Drogen bei ihrer Tätigkeit
- leiden unter posttraumatischen Belastungsstörungen, wie bei Folteropfern
- würden aussteigen. Wenn sie könnten.

Die Gewinner - Sexkäufer, Zuhälter, Bordellbetreiber, Menschenhändler, die organisierte Kriminalität

Prostitution

- fördert Menschenhandel,
- ist ein Angriff auf die Menschenrechte,
- verletzt die Würde der Frau,
- verhindert Gleichberechtigung,
- fördert Rassismus, verstärkt Armut,
- ist eine Quelle der Gewalt.

Handeln Sie! Stimmen Sie für ein Europa ohne Prostitution!

Unterschreiben Sie für ein Verbot von Sexkauf, gegen den Handel mit Frauen als Ware und damit für ein gleichberechtigtes Miteinander von Mann und Frau. Andere Länder in Europa sind diesen Weg gegangen oder gehen ihn jetzt: Schweden, Norwegen, Irland, Frankreich...

Die Hilfs- und Menschenrechtsorganisation SOLWODI hilft Opfern von Menschenhandel, Zwangsprostitution und Zwangsheirat und engagiert sich politisch für die Rechte von Menschenhandelsopfern und Frauen in der Prostitution. www.solwodi.de

netzwerkB: für eine Aufhebung des derzeit geltenden Prostitutions-Gesetzes und für die Einführung des „Abolitionsprinzips“

Käuflicher „Erwerb“ eines Körpers ist ein Ausdruck von Gewalt und Macht, und er gehört damit aus unserer Sicht geächtet. In Deutschland gilt hinsichtlich der Prostitution das „Regulationsprinzip“. Dieses findet seinen Ausdruck im Prostitutionsgesetz, dem „Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Prostituierten“ – kurz ProstG. In Kraft getreten ist dieses Gesetz am 01.01.2002.

„Regulationsprinzip“ vs. „Abolitionsprinzip“

Wir haben eines der liberalsten Prostitutionsgesetze überhaupt, welches dem sogenannten „Regulationsprinzip“ folgt. Es akzeptiert die Prostitution und stellt diese unter staatliche Kontrolle. „Entkriminalisierung“ bedeutet, dass wir es inzwischen mit „Sexarbeit“ zu tun haben, die als herkömmliche Erwerbsarbeit gilt, seit das Gesetz in Kraft getreten ist. Das „Abolitionsprinzip“ hätte demgegenüber einerseits zum Ziel, Prostituierte nicht zu kriminalisieren, und andererseits alles, was mit Prostitution zusammenhängt wie Zuhältereie, Unterhaltung von Bordellen, unter Strafe zu stellen. Möglich wäre auch – wie beispielsweise in Schweden seit 1999 erfolgreich praktiziert – zusätzlich Freier zu kriminalisieren. Dieses Vorgehen hatte dort u.a. zur Folge, dass Prostitution und Menschenhandel deutlich zurückgegangen sind. In Schweden lernen die Kinder schon in der Grundschule, dass es Unrecht ist, Sex mit Frauen zu kaufen.

Die Mechanismen, in die „Mühlen“ der Prostitution zu geraten, sind vielfältig

Eine Reihe von Faktoren, wie z.B. die Hoffnung, sich aus oft trostlosen Perspektiven befreien zu können, spielen hierbei eine herausragende Rolle.

Armut, die Erfahrung, ausgebeutet zu werden, sexualisierte und andere Gewalterfahrungen in der Herkunftsfamilie, sind beispielsweise Bedingungen, welche die Mädchen und Frauen aber auch die Jungen und Männer, glauben hinter sich lassen zu können.

Oft sind es gerade bei den aus Osteuropa stammenden Prostituierten fälschlich versprochene Aussichten, beispielsweise als Kellnerin oder Tänzerin arbeiten zu dürfen, die sie in das ansonsten fremde Deutschland locken.

Sie finden sich dann in den Kreisläufen von Macht und Ohnmacht wieder, die auch der Prostitution eigen sind, in Kreisläufen, die generell bei Gewalt jedweder Form zu finden sind und die sie eigentlich zu verlassen suchten.

Bekannte Überlebensmuster auch bei Prostituierten

Oft entwickeln Betroffene von sexualisierter Gewalt, aber auch Opfer anderer Gewalterfahrungen in der Kindheit, innere Mechanismen zum Überleben, mit den auf sie einwirkenden Gewalttaten umzugehen.

Sie idealisieren zum Beispiel die Täter ihrer Kindheit, da es für Kinder unerträglich wäre zu merken, dass die Person, der sie vertrauen müssen, und von der sie existenziell abhängig sind, nicht vertrauenswürdig ist und ihnen im Gegenteil Schaden zufügt.

Solange die Idealisierung der Täter nicht aufgelöst wurde, kann diese über einen langen Zeitraum, ggf. sogar über ein gesamtes Leben hinweg, aufrechterhalten werden.

Wie es oft bei Opfern sexualisierter und anderer Gewalt der Fall ist, sind sich Betroffene als Erwachsene ihrer teils schon früh erlittenen traumatischen inneren Verletzungen oft selbst gar nicht mehr bewusst. Um zu überleben, haben sie die traumatischen Erfahrungen aus ihrem Gedächtnis verdrängt, umgedeutet oder auf eine andere Art verleugnet, nur um überleben zu können.

Später greift die Idealisierung dann auch gegenüber den „Nachfolgern“ der Täter aus der Kindheit. Prostituierte sind dann beispielsweise blind gegenüber der Wirklichkeit, blind auch gegenüber den Versprechen der Menschenfänger, Zuhälter und ggf. auch gegenüber den Freiern.

Drogen- und Alkoholsucht führen nicht nur in die Prostitution hinein, sie werden auch von Prostituierten eingesetzt um auszuhalten, was die Prostitution mit ihren Körpern und in ihren Seelen anrichtet. Auch das Abspalten des eigenen Körpers – möglicherweise schon als Kind erlernt, um sexualisierte, aber auch anderweitig misshandelnde

de Gewalt zu überstehen – ist eine Möglichkeit, nicht mehr wahrzunehmen, was der Körper Tag für Tag erfährt.

Kreislauf der Abhängigkeiten

Oftmals werden horrende Mieten für die vom Zuhälter „geschützten“ Räume verlangt, in denen die Prostituierten die Freier bedienen.. Diese müssen durch eine hohes Ausmaß an sexuellen Dienstleistungen abbezahlt werden, was den Prostituierten oftmals aber nicht möglich ist. In Schulden und andere Abhängigkeiten hineingepresst und verstrickt, kann es auch für angeblich freiwillige Prostituierte ausgesprochen schwierig werden, sich jemals aus diesem fatalen Kreislauf zu lösen. Viele Prostituierte haben ein anderes, ein normales, wirklich selbstbestimmtes Leben, nie kennengelernt.

Wir setzen uns ein für eine Aufhebung des jetzigen Gesetzes und für die Einführung des „Abolitionsprinzips“ Wir sind der Überzeugung, dass es mit der Menschenwürde nicht vereinbar ist, den Kauf eines Körpers zu legalisieren, neben all den Risiken des Prostituiertenlebens wie z.B. extreme Gewalttätigkeit, Geschlechtskrankheiten, HIV und auch ungewollter Schwangerschaften. Die in der Diskussion um die Legalisierung der Prostitution vielgepriesenen Begriffe „Freiwilligkeit“ und „Selbstbestimmung“ halten wir für sehr gewagte wenn nicht abwegige Thesen.

Die Prostitution fußt auf der Ausbeutung von Frauen, Männern, Mädchen und Jungen, die, oftmals schon als Kind traumatisiert, aus den Kreisläufen der sexualisierten Gewalt und aus dem Ungleichgewicht der Machtverhältnisse nicht hinausfinden.

Die Entkriminalisierung der Prostituierten selbst war längst überfällig, und sie war ein wichtiges Signal. Allerdings, die Prostitution selbst und ihre „Betriebe“ zu entkriminalisieren, stehen der Menschenwürde der Prostituierten diametral entgegen. Diese Menschen können derzeit auf legalem Wege ausgebeutet und erniedrigt werden. Prostitution hält sich zudem oftmals in der Nähe organisierter Kriminalität auf und damit auch in der Nachbarschaft der „Geschäftszweige“ der unermesslichen Qual von Kinderprostitution und Kinderpornographie.

Nutznieser des gegenwärtig verfolgten „Regulationsprinzips“ sind ausschließlich

organisierte und nicht organisierte Verbrecher und die Freier, nicht aber der Großteil der weiblichen und männlichen Prostituierten.

02.09.2013: netzwerkB Pressemitteilung

Frauennotrufe in Rheinland Pfalz unterstützen Kampagne zu Feminismus

„... weil es ohne nicht funktioniert“

Die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) der Frauennotrufe in Rheinland Pfalz hat sich an der Kampagne: „Wer braucht Feminismus“ <http://werbrauchtfeminismus.de/> beteiligt. Mit ihrer Aussage „Wir brauchen Feminismus, weil sexualisierte Gewalt zu bekämpfen ohne nicht funktioniert“ reihen sich die rheinland-pfälzischen Fachfrauen zum Thema Sexualisierte Gewalt in eine lange Reihe von Frauen und Männer aus allen Lebensbereichen, die das Thema Feminismus in den Fokus rücken.

So schreibt z.B. Ramona Pisal, Präsidentin des Deutschen Juristinnenbunds e.V.: „Politik, Wirtschaft, Gesellschaft – alle Lebensbereiche sind männlich dominiert, organisiert, strukturiert. Von Frauen wird erwartet, dass sie sich dem anpassen und ein von männlichen Interessen abgeleitetes Dasein in zweiter Reihe leben. Wir brauchen den Feminismus, um der raumgreifenden männlichen Dominanz Grenzen zu setzen, zur Selbstvergewisserung und damit Frauen selbstverständlich als eigenständige Individuen und Trägerinnen eigener Interessen wahrgenommen werden.“

„Für uns kommt die Kampagne zum richtigen Zeitpunkt,“ betont Wida Babakarkhel-Zeifri vom Frauennotruf Mainz. Die junge Rechtsreferendarin weiß, dass viele Altersgenossinnen heutzutage Feminismus für überholt halten. „Oftmals wird im Hinblick auf die mangelnde Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen auf andere Länder verwiesen. Allerdings leben wir in Deutschland ebenfalls in einer Gesellschaft, in der Männer und Frauen eben nicht immer die gleichen Chancen haben. Als Feministinnen fordern und unterstützen wir die Gleichberechtigung und Selbstbestimmung von Frauen. Das ist die beste Prävention gegen Sexualisierte Gewalt!“

In Rheinland Pfalz gibt es zwölf Frauennotrufe, die Betroffenen und deren Angehörigen vertraulich, anonym und kostenlos Hil-

fe anbieten. Gleichzeitig setzen sie sich in der Öffentlichkeit für die Verbesserung der Situation von betroffenen Frauen und Mädchen ein. *Kontakt: info@frauennotruf-mainz.de 06131-221213*

Petition gegen die Streichung der Förderung vom Archiv Frau und Musik in Frankfurt

In den letzten Jahren wurde das Archiv Frau und Musik vom Kulturred der Stadt Frankfurt mitfinanziert. Die vom Magistrat der Stadt Frankfurt geplanten Mittelkürzungen für den Kulturretat 2014 beinhalten eine Einstellung der gesamten institutionellen Förderung für das Archiv Frau und Musik. Als Gründe werden erhebliche Sparvorgaben und eine Prüfung der Fördernotwendigkeit angeführt. Eine Fördernotwendigkeit hat sich nach Ansicht des Magistrats für das Archiv Frau und Musik nicht ergeben. Die Weiterführung und Sicherung der jahrelangen erfolgreichen Arbeit des Archivs ist nun durch diese geplante Mitteleinstellung akut bedroht!

Wir appellieren an Sie, die Stadtverordneten der Stadt Frankfurt, die vorgesehene Streichung der Finanzmittel für das Archiv zurück zu nehmen und damit den Entwurf des Haushaltsplans für 2014 nicht in dieser Form zu verabschieden! Sichern Sie das Überleben des Archivs Frau und Musik!

Begründung:

1) Das Archiv Frau und Musik ist eine wichtige internationale Forschungsstätte und eine weltweit einmalige Einrichtung. Seit über 30 Jahren widmet sich das Archiv der Förderung von historischen und zeitgenössischen Komponistinnen, ihrer Arbeit und ihrer Werke. Sein Bestand umfasst derzeit rund 20.000 Medieneinheiten. Neben Notenhandschriften und -drucken vom 9. Jahrhundert bis heute befinden sich im Archiv Vor- und Nachlässe, Sekundärliteratur sowie Ton- und Bildträger. Zu den besonderen Schätzen zählen Briefautografe von Clara Schumann, Früh- und Erstdrucke sowie eine umfangreiche Postkartensammlung mit Damenkapellen aus der Kaiserzeit.

2) Das Archiv ist ein fester Bestandteil der kulturellen Landschaft von Frankfurt und

leistet mit der Sammlung, Sicherung und Veröffentlichung der kreativen Leistungen von Komponistinnen einen wichtigen kulturpolitischen Beitrag.

Es findet eine Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Einrichtungen statt, die sich in allen Bereichen der Musik engagieren. Die herausgegebene Zeitschrift VivaVoce ist die einzige deutsche Fachzeitschrift zum Thema Komponistinnen und Interpretinnen.

3) Damit die Zukunft dieser Einrichtung gesichert werden kann, braucht das Archiv die institutionelle Förderung der Stadt Frankfurt. Obwohl die städtische Zuwendung eine freiwillige Leistung ist, sehen wir eine dringende Notwendigkeit der weiteren Förderung: kleinere Kultureinrichtungen wie das Archiv müssen auch von offizieller Hand unterstützt werden, um ihre Kulturarbeit fortsetzen zu können. Gerade die Sicherung des kulturellen Erbes und seine Verbreitung kann nicht den finanziellen Engpässen unterworfen werden! Auch größere musikkulturelle Einrichtungen werden öffentlich unterstützt. Um die Arbeit von Komponistinnen zu unterstützen und damit eine Vielfalt der Kulturinstitutionen zu erhalten, muss auch das Archiv Frau und Musik weiter gefördert werden!

4) Die bisherige Mittelförderung der Stadt Frankfurt erlaubte zusammen mit einer Förderung des Landes Hessen eine stabile Grundlage für die Arbeit des Archivs. Die jetzige Mitteleinstellung stellt eine Halbierung des Gesamtetats dar. Damit ist das Archiv nicht mehr arbeitsfähig! Nicht nur, dass das wertvolle Kulturgut in einem geschützten Rahmen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden muss. Die Präsenzbibliothek Archiv Frau und Musik ist auch eine Einrichtung, die einen zeitaufwändigen Service erfordert und deren Bestände nur durch fachkundiges Archivpersonal betreut werden können.

5) Die archivalische Überlieferung bildet eine Grundlage dafür, dass sich die Mitglieder einer Gesellschaft mit ihr identifizieren und in ihr verorten können. Das Archiv Frau und Musik fördert diesen Identifikationsprozess in besonderer Wei-

se. Es zeigt die Chancen und Möglichkeiten von Künstlerinnen in der historischen Entwicklung und in der heutigen Musikkultur auf. Es motiviert nachfolgende Generationen in ihrem künstlerischen Schaffungsprozess und wirkt somit identitätsstiftend. Das Archiv gibt Beispiele für die berufliche Lebensplanung von Frauen und animiert zur Auseinandersetzung mit der Karriere von Frauen im musischen Bereich.

- 6) Mary Ellen Kitchens vom Vorstand des Arbeitskreises Frau und Musik e.V. sagt zu den geplanten Streichungen: „Wenn das Archiv nicht mehr weiter arbeiten kann, verschwinden die kreativen Leistungen von Komponistinnen und Interpretinnen wieder in der Unsichtbarkeit– und unser aller jahrelange, erfolgreiche Arbeit wäre mit einem Schlag vernichtet. Das ist unvorstellbar!“

Weitere Informationen zum Archiv Frau und Musik erhalten Sie unter www.archiv-frau-musik.de.

Im Namen aller Unterzeichner/innen.

Frankfurt am Main, 26.09.2013 (aktiv bis 25.11.2013)

<https://www.openpetition.de/petition/online/keine-einstellung-der-foerderung-fuer-das-archiv-frau-und-musik-durch-die-stadt-frankfurt-am-main>

Glosse von Luise F. Pusch

Das Gender-Imperium an der Uni-Köln

Nur fünf Tage nachdem ich am „Tag der deutschen Sprache“ in Köthen eine unfreiwillige Reise in die Vergangenheit absolviert hatte ([hier mein Bericht darüber](#)), erlebte ich in Köln eine Reise in die Zukunft, in ein Gender-Imperium, von dem ich bis dahin keine Ahnung hatte und das mir echt futuristisch vorkam. Wie aus einer anderen Welt.

Dr. Britt Dahmen vom Referat Gender-Qualitätsmanagement der Universität zu Köln hatte mich eingeladen, anlässlich des von ihr organisierten ersten „Gender-Forums“ an der Uni einen Impulsvortrag

zum Thema geschlechtergerechte Sprache zu halten. Die Uni hätte nämlich auch gerade ihren „Leitfaden zur gendergerechten Sprache“ aktualisiert, und da habe es hausinterne Nachfragen und Kommentare gegeben. Zielgruppe seien „alle Gleichstellungsakteur_innen der Universität zu Köln, die in der Verwaltung, in den Fakultäten und in den Drittmittelprojekten mit dem Themenfeld zu tun haben (rund 40 Personen).“ Grundlegendes Ziel der Veranstaltung sei „die Vernetzung all dieser Akteur_innen“.

Die Fahrt von Hannover nach Köln dauert gut zweieinhalb Stunden; ich nutzte die Zeit, um den aktualisierten Sprachleitfaden zu studieren. Die ersten „Richtlinien zur Vermeidung sexistischen Sprachgebrauchs“ in Deutschland wurden übrigens vor 33 Jahren von vier zornigen Sprachwissenschaftlerinnen veröffentlicht; es waren Ingrid Guentherodt, Marlis Hellinger, Senta Trömel-Plötz und ich. Für diese Untat und weitere im selben Geiste wurden wir alsbald von der deutschen Männer-Uni abgestraft; Senta und ich waren binnen kurzem „an der Uni nicht mehr tragbar“.

Der aktualisierte Leitfaden aus Köln trägt den Titel: „ÜberzeuGENDERe Sprache: Leitfaden für eine geschlechtersensible und inklusive Sprache“ und [kann hier heruntergeladen werden](#). Aus den „Richtlinien“ ist also ein „Leitfaden“ geworden, „feministisch“ und „Frauen-“ wurde durch „Gender“ und „Gleichstellung“ ersetzt, und wenn wir Pionierinnen damals gegen etwas waren, nämlich „sexistische Sprache“, so sind die heutigen Akteur_innen für etwas, nämlich „gendersensible und inklusive“ Sprache. Die Ausdrucksweise ist etwas gefälliger. Sagen wir es doch gleich: heute sind die Feministinnen bzw. „Gleichstellungsakteur_innen“ nicht mehr so verbissen wie damals. Haben sie auch gar nicht nötig, denn sie sind viele, und sie sind im Zentrum der Macht angekommen.

Vor 34 Jahren gab es in Deutschland genau eine Frauenbeauftragte, Eva Rühmkorf im Hamburger Senat; sie ist im Januar gestorben. Es folgten ganz allmählich Frauenbeauftragte für andere Bundesländer; Inge Sollwedel für Hessen wurde in den 1980er Jahren die erste Frauenbeauftragte eines Flächenlandes. Die Männer-Unis

dachten nicht im Traum daran, sich eine Frauenbeauftragte anzutun.

Ab Mitte der neunziger Jahre wurde ich öfter nach Köln eingeladen von Christel Tomson, die inzwischen Frauenbeauftragte an der Uni geworden war. Inzwischen ist sie pensioniert und leitet die Gedok in Köln. Gegen Ende ihrer Amtszeit, vor etwa zehn Jahren, besuchte ich sie in ihrem neuen Büro. Sie hatte ihre Stelle und ihren Einfluss kontinuierlich ausbauen können und wurde von etlichen Mitarbeiterinnen unterstützt. Ein schöner, ja gewaltiger Fortschritt gegenüber den finsternen 80er und den schwierigen 90er Jahren - aber kein Vergleich mit dem, was ich am Donnerstag zu sehen bekam. Mein Gefühl angesichts des Wunders, das sich inzwischen vollzogen hatte, erinnerte mich fast an die überwältigten Reaktionen vieler AfroamerikanerInnen beim Amtsantritt Obamas: „Dass ich das noch erleben durfte! Nie hätte ich geglaubt, dass noch zu meinen Lebzeiten ...“

Das Gender-Imperium an der Uni Köln setzt sich wie folgt zusammen:

- die zentrale Gleichstellungsbeauftragte,
- die Gleichstellungsbeauftragten der Fakultäten,
- die Gleichstellungskommission,
- der Gleichstellungsbeirat,
- das Rektorat (insb. Prorektorat für Finanzen und Gender und Referat für Gender-Qualitätsmanagement),
- die "GenderBoards" der Sonderforschungsbereiche und
- die mit Gleichstellungsaufgaben befassten Personen in der Verwaltung (insbesondere Abteilung 13: Dual Career & Family Support (CFS)).

Außerdem ist da noch das Zentrum für Gender Studies der Universität zu Köln, abgekürzt „GeStiK“.

Genauer können Sie alles hier nachlesen: http://www.gb.uni-koeln.de/gleichstellung_an_der_universitaet/index_ger.html

Um die Gleichstellung an der Uni Köln kümmern sich, höchst engagiert und kompetent, rund 40 Personen, darunter auch ein paar Männer. Sie alle lauschten meinen Ausführungen zustimmend bis begeistert, obwohl ich den Unterstrich kritisierte und ihnen meinen stärksten Tobak servierte. Schließlich: Bei wem, wenn nicht bei dieser Avantgarde der Kölner Uni, konnte ich mit Verständnis rechnen für meine und

Matthias Behlerts Ideen zu einer Radikalur für die deutsche Männersprache?

Was wir zornigen feministischen Linguistinnen vor 33 Jahren gesät hatten, ist in Köln prachtvoll aufgegangen. Nun galt es, weitere Türen aufzustoßen.

www.fembio.org v. 23.09.2013

Themen

Wo wird das Gewissen abgestellt? Sabine Constabel antwortet der Prostitutionslobby

Auf www.taz.de wurde am 17.8.2013 ein Artikel von Doña Carmen eingestellt, einer Frau der Prostitutionslobby, mit dem Titel: „Die Würde der Sexarbeiterinnen. Alice Schwarzer nutzt die gegenwärtige Debatte aus, um Prostitution erneut zu kriminalisieren. Dabei argumentiert sie mit verkapptem Rassismus“. Sabine Constabel von der Beratungsstelle für Prostituierte La Strada in Stuttgart schrieb eine wütende Antwort. Die taz weigerte sich, sie zu bringen. In der EMMA erschien sie:

„Zum ersten Mal erlebt habe ich Juanita Henning von Doña Carmen 2009, nachdem sie zur Podiumsdiskussion in Stuttgart geladen hatte. Sie kritisierte die Razzia im "PussyClub", die Schließung dieses Flatrate-Bordells und die Verhaftung der Betreiber. Und sie beklagte ein „konservatives, fundamentalistisches Bündnis mit ausländerfeindlichen Ressentiments“. Damit meinte sie vor allem Polizei und Staatsanwaltschaft. Auf die Empörung über die Flatrate im Bordell entgegnete die aus Frankfurt Angereiste: „Die Frauen kamen auf einen Stundenlohn von 10 Euro, das ist doch völlig in Ordnung“.

Der Satz klingt mir noch heute in den Ohren. Zehn Euro in der Stunde hielt Henning für eine angemessene Bezahlung der Prostituierten. Zwei der Frauen waren erst 16 Jahre alt! Zehn Euro dafür, dass sie auf ihrem Bett liegend, einen nach dem anderen Freier ertragen mussten. Freier, die vor dem Vorhang, der die Türe ersetzte, in der Schlange warteten, bis ihr Vordermann endlich fertig war und sie selbst zum Zuge kamen.

Der Ton damals und heute ist derselbe. Noch immer sieht die einstige Sozialarbeiterin nur die selbstständige autonome Prostituierte, die sich freiwillig und jenseits von jedem Zwang zu dieser Tätigkeit entschieden hat. Alter, Herkunft, Bildung, Gewalterfahrungen, nichts davon zählt, nichts davon hat Bedeutung.

Aber was ist mit Ancuta, der 24-Jährigen, die gerade weinend angerufen hat, weil ihr Unterleib so schmerzt und sie nicht mehr arbeiten kann? Dabei ist die Miete der letzten drei Tage offen. Das sind 240 Euro oder sieben Freier. Sich sieben Mal penetrieren lassen und sieben Mal Oralverkehr. Sieben mal zu viel für Ancuta. Aber wenn sie jetzt ihr Zimmer verliert und wieder zurück ins Bordell muss, zahlt sie dort das Doppelte.

Oder Angela, die so gerne lesen und schreiben lernen würde. Weil sie kein „Schlampenmädchen“ mehr sein will. Oder Donka, die schon wieder schwanger ist und jetzt das Geld für ihre dritte Abtreibung braucht. Dabei ist sie erst 19 und eigentlich will sie wieder zurück. Zuhause ist ihr vierjähriger Sohn. Dauernd zeigt sie Bilder von ihm und erzählt, dass sie Tag und Nacht an ihn denkt und nur deshalb diese „schreckliche Arbeit“ aushält.

Und Rajna? Sie steht erst seit drei Tagen auf der Straße. Weil das billiger ist. Davor hat sie im Saunaclub gearbeitet und allein für den Eintritt jeden Tag 70 Euro bezahlt, dann noch die 40 Euro fürs Übernachten, 25 Euro Steuer und 30 Euro für die Unterkunft ihres Ehemanns, der hier auf sie aufpasst. Und dann hatte sie noch nichts gegessen, der Mann kein Geld, um sich die Zeit in Cafés und Spielhallen zu vertreiben. Und nach Hause geschickt hatte sie auch noch nichts. Dann gab es Ärger, ihr Mann hat zugeschlagen und jetzt hat sie ein blaues Auge. Wieder mal.

Und Noémi? Zählt die für Doña Carmen? Noémi hat Halsschmerzen und furchtbare Angst, dass sie schon wieder eine Syphilis hat. Das haben hier viele. Weil Freier kein Kondom wollen. Schon gar nicht beim Französisch. Noemi lässt sich alle paar Wochen testen, putzt sich ständig die Zähne und hat jetzt trotzdem Halsschmerzen.

Noémi sagt, dass sie ein ganzes Jahr gebraucht hat, um sich an diese Arbeit zu gewöhnen. Das erste Jahr hat sie sich vor Ekel nach jedem Freier erbrochen. Jetzt

weint sie nicht mehr jeden Tag. Nur noch manchmal, dann, wenn sie daran denkt, dass alle daheim darauf warten, dass sie Geld nach Hause schickt. Jeden Monat mindestens 500 Euro. Sie hat zwei arbeitslose Brüder mit Familie und eine Mutter, die alle ihre Unterstützung verlangen. „Was soll ich tun? Alle verlassen sich auf mich.“ - Geschlechtsverkehr ohne Kondom, auch oral? Das soll jeder selber entscheiden, erklärte Henning in einem Interview mit dem *Stern*.

Und Monica, Ruska, Veronica und wie sie alle heißen? Eine Geschichte gleicht der anderen. Überall sind sie: in den Bordellen, den Clubs, den Appartements, auf der Straße, im Escort – wohin man schaut, findet man Frauen wie sie. Und sie sind nicht die bedauernswerte Ausnahme. Der Ausländeranteil der neu erfassten Prostituierten in Stuttgart liegt bei 90 Prozent. Und Osteuropa führt die TopTen an.

Alice Schwarzer sagt, es geht bei der Prostitution um Macht. Ja! Es liegt an den Machtverhältnissen, wenn so viele Männer glauben, sie hätten das Recht, sich eine Frau zu kaufen. Und mit ihr zu machen, worauf sie Bock haben. Je jünger desto besser, gerne aus einem osteuropäischen Ghetto und der deutschen Sprache muss sie auch nicht mächtig sein. Wozu auch?

Dabei sind unter den Freiern so einige, die auf Fairtrade-Produkte achten. Die Frühstückseier kommen nicht von Hühnern aus Legebatterien und Fleisch aus der Massentierhaltung landet auch nicht auf dem Teller. Das ist man sich schuldig, dazu reicht das Gewissen.

Wo wird das eigentlich abgestellt, während der eigene Schwanz im Leib der Frau wütet? Das Gewissen. Während man das Bemühen der Prostituierten beim Sex als „Freude am Job“ interpretiert? Wo wird das Gewissen zwischengelagert, während man über den kosmetischen Makel eines verfärbten Auges oder schlecht überschminkter Brandmale auf der Haut hinwegsieht, weil man ja schließlich dafür bezahlt hat?

Und wer steht für diese Frauen ein? Wer ist noch an ihrer Seite?

Frau Henning mit ihrer Doña Carmen - die ein Ein-Frauen-Betrieb zu sein scheint - bestimmt nicht. Diese Leute negieren die Erfahrungen der Prostituierten, leugnen

deren Realität, bekämpfen jede Hilfe und jeden Schutz, den die Frauen so dringend benötigen.

Weil es ihnen sehr gelegen kommt, wenn die Polizei nicht rein kann in die Bordelle und Modelwohnungen, weil den Strafverfolgungsbehörden jegliche Eingriffs- und Zugriffsrechte genommen wurden mit der Reform von 2002. Jetzt fordert Doña Carmen, dieses selbsternannte "Hurenprojekt", auch noch die Streichung des § 180a StGB, der die „Ausbeutung von Prostituierten“ unter Strafe stellt; die Streichung des § 181a StGB gegen „Zuhälterei“; ja sogar die Streichung des § 232 StGB gegen „Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung“ und des § 233a StGB gegen „Förderung des Menschenhandels“!

Offensichtlich reicht es den Lobbyistinnen noch immer nicht, dass seit der Reform von 2002 die Strafverfahren von der Aussage der Opfer abhängen. Viel zu oft von jungen Frauen, die dann gegen die Eltern, den Ehemann, die Brüder, die Nachbarn aussagen müssten. Kein Wunder, dass engagierte Polizisten die Reform schon lange als "Zuhälterschutzgesetz" bezeichnen.

Henning tritt auf als Doña Carmen "Verein zum Schutz der sozialen und politischen Rechte von Prostituierten". Wäre hier "Interessenvertretung der BordellbetreiberInnen" nicht ein ganzes Stück ehrlicher?

1988 konnte eine Frau im Hydra-Buch "Beruf Hure" noch sagen: "Allerdings finde ich das Aussteigen aus der Prostitution, aus dem Milieu, das Wichtigste im Leben einer Prostituierten." So ein Satz käme heute in den Kreisen auf den Index. Genauso wie der: "Einen gewissen Eigendruck hatte ich ja schon, nämlich den Ekel vor jeder Art Freier [...] und meine immer geringer werdende Identität und der Verlust meines Selbstbewusstseins."

Zwischen all den Lobbyistinnen bleibt mir nur, auf den langen Atem von Alice Schwarzer zu setzen. Darauf, dass sie nicht aufhören wird, gegen die Verharmlosung der Prostitution zu kämpfen. Und gegen den Sklavenmarkt, der sich mitten unter uns ausbreitet und eine Schande ist. Er betrifft uns alle.

Sabine Constabel, EMMAonline, 21.8.2013

Gewaltwelle gegen Frauen erschüttert Italien

Ganz Italien debattiert über Gewalt gegen Frauen. Die Politik liefert neue Gesetzesinitiativen – doch es geht vor allem um ein kulturelles Problem. Traditionelle Einstellungen müssen sich ändern.

Von Tobias Bayer

Sie ist knapp eine halbe Stunde zu spät. Alessandra Kustermann, 59, biegt um die Ecke in einen der langen Flure der Mailänder Mangiagalli-Klinik. Die Ärztin öffnet ihre Bürotür und lässt sich in den Stuhl fallen. Die grauen Haare sind zerzaust. Kaum dass sie sitzt, betritt schon eine Kollegin den Raum.

"Was machen wir nun mit der alten Dame?" Ein Mann hat seine 84-jährige Mutter geschlagen. Sie leidet an Demenz. Seit sechs Tagen liegt sie im Krankenhaus.

Doch diese Liegezeit ist schon zu lang, das Bett muss für die nächste Patientin frei werden. "Ihre Enkel sind bei ihr. Doch sie wohnen in Venetien. Das ist zu weit weg. In dem Zustand können wir sie nicht transportieren", sagt die Ärztin. Kustermann überlegt kurz und geht eine Namensliste durch. Sie greift zum Handy. Ein Mann geht ran. "Tesoro, wegen der älteren Dame, kannst du etwas machen?", säuselt Kustermann. Dann wird sie deutlich lauter. "Sie ist kein Paket, sondern ein Mensch." Telefonat beendet. "Das hat er jetzt verstanden."

Ein Drittel wegen sexueller Übergriffe eingeliefert

Alltag in der Notaufnahme. Wird eine Frau in Mailand geschlagen, vergewaltigt, verfolgt oder bedroht, dann ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass sie zu Kustermann kommt. Sie leitet den Dienst Soccorso Violenza Sessuale e Domestica oder kurz SVSeD in der Mangiagalli-Klinik, die auf Gynäkologie spezialisiert ist. 630 Frauen wurden im vergangenen Jahr eingeliefert, mehr als die Hälfte Italienerinnen. Rund ein Drittel wegen sexueller Übergriffe, meist durch den Ehemann oder den Lebenspartner.

Kustermann, seit 17 Jahren aktiv, kümmert sich mit ihren acht Mitarbeiterinnen um die Frauen. Medizinische und psychologische Behandlung, Organisieren einer Notunterkunft, Anzeige erstatten bei der Polizei,

Weitervermittlung an andere Einrichtungen. Kustermann kramt in ihrer Handtasche und fischt eine silberne elektronische Zigarette heraus. Sie zieht lange, Dampf steigt auf. Sie lehnt sich zurück. Dann sagt sie: "Ich mache hier täglich Pulp Fiction." So heißt ein Film von Quentin Tarantino, in dem es ziemlich rau zugeht.

Gewalt gegen Frauen ist Thema der Stunde

In Italien ist Gewalt gegen Frauen das Thema der Stunde. Überall ist die Rede von "Femminicidio", dem Mord an Frauen. Aufsehererregende Fälle wie der Fabianas rütteln die Öffentlichkeit auf. In Kalabrien wurde die 16-Jährige im Mai von ihrem Freund am lebendigen Leib verbrannt, weil sie ihn verlassen wollte. Der Fernsehkanal Rai 3 strahlt die Serie "Amore Criminale" aus.

Darin werden Kriminalfälle nacherzählt, bei denen Frauen von ihrem Partner umgebracht wurden. Mehrere Bücher sind auf dem Markt. Journalistinnen der Tageszeitung "Corriere della Sera" schildern in dem Band "Das ist nicht Liebe" 20 tragische Geschichten von Frauen, die ums Leben kamen. Die Fernsehjournalistin Serena Dandini verleiht in der Anthologie "Tödlich verletzt" den Opfern eine Stimme.

Die Politik reagiert auf die Debatte. Das italienische Abgeordnetenhaus ratifizierte im Mai die sogenannte Istanbul-Konvention. Mit dem völkerrechtlichen Vertrag des Europarats verpflichtet sich ein Land, häusliche Gewalt zu bekämpfen. Mehrere Abgeordnete fordern härtere Strafen für Frauenmörder. Die Regierung von Premier Enrico Letta ernannte Isabella Rauti, die Frau des abgewählten römischen Bürgermeisters Gianni Alemanno, zur Sonderbeauftragten.

In Italien fehlt es nicht an Gesetzen

Allein ob das hilft, ist fraglich. Kenner der Materie sagen: In Italien fehlt es nicht an Gesetzen. Vielmehr ist ihre Umsetzung mangelhaft. Sozialarbeiter, Polizei und auch die Gerichte sind wenig sensibilisiert, wenn sich eine Frau an sie wendet und Anzeige erstattet. Die Zahl der Notunterkünfte für Frauen, die vor ihrem Partner fliehen, reicht nicht aus.

Die Finanzierung des Staates für Initiativen ist prekär. Für die Prävention wird wenig

getan, die Aufklärung an Schulen ist dürftig. In die Bresche springen private Vereine und die Kirche, die Notfallnummern einrichten, Beratungsdienste anbieten und Kampagnen starten. Doch was in einzelnen Städten hervorragend funktioniert, klappt in anderen Landesteilen überhaupt nicht.

Ein Blick nach Großbritannien könnte Italien helfen. Patricia Scotland war ab 2003 als Staatssekretärin unter der Regierung von Tony Blair für die Reform des Justizwesens zuständig. Ihr gelang es, die Fälle der häuslichen Gewalt um knapp zwei Drittel zu senken. Dazu vernetzte sie die Behörden und Ministerien und spannte die Unternehmen ein. Sie legte großes Gewicht auf die Schulung des Personals. Sie ernannte Experten, die abschätzen, inwiefern eine Frau nach einer Anzeige in Gefahr schwebt, und sie über die nächsten drei Monate begleiten.

"Das Modell Scotland ist fundamental für Italien", sagt Marina Calloni, Professorin an der Mailänder Universität Bicocca. Calloni hat im Mai ein Zentrum eröffnet, das die Lehren des Scotland-Ansatzes auf die italienische Situation übertragen soll.

Frauen helfen sich untereinander

Wie Italien bei Gewalt gegen Frauen im europäischen Vergleich abschneidet, ist wegen der schlechten Datenlage schwer zu sagen. Unstrittig ist jedoch, dass das Problem gravierend ist. Die Vereinten Nationen sind alarmiert. "Häusliche Gewalt ist weitverbreitet. Das führt zu einem Anstieg der Frauenmorde", schreibt UN-Sonderbotschafterin Rashida Manjoo.

Die Statistikbehörde Istat führte 2006 eine Umfrage unter 25.000 Frauen durch und kam zu dem Ergebnis, dass knapp ein Drittel der 16- bis 70-jährigen in Italien schon mindestens einmal im Leben Opfer sexueller Gewalt oder anderer Misshandlungen wurde. Die Hilfsorganisation Casa delle Donne Per Non Subire Violenza in Bologna wertet Zeitungsartikel aus. Von 2005 bis 2012 seien 901 Frauen in Italien getötet worden, hat man dort errechnet.

In Italien helfen sich die Frauen untereinander. Die Institution Casa di Accoglienza delle Donne Maltrattate di Milano oder kurz CADMI im Südosten Mailands betreut Frauen in Not. In den sechs Unterkünften von CADMI ist Platz für zwölf Frauen, die

vor ihrem Partner fliehen müssen. Die Adressen sind geheim, damit sie nicht aufgespürt werden können. Über ein Netz an Psychologen, Anwälten und Arbeitsberatern hilft CADMI beim Neustart, rund 1000 Frauen melden sich im Jahr. Manche werden über zwei Jahre begleitet.

Viele Anzeigen werden nicht weiterverfolgt

Präsidentin des Frauenhauses ist Manuela Ulivi, 52. Die Anwältin, spezialisiert auf Familienrecht, empfängt in dem Zimmer, wo sonst die Gespräche mit den Frauen stattfinden. Um einen Tisch sind vier Stühle gruppiert. In der Ecke steht eine Pappfigur mit weiblicher Silhouette. Aufgeklebt ist die Kurzgeschichte einer Studentin, die von ihrem Freund verfolgt wurde, CADMI um Hilfe bat und den Stalker loswurde.

"Für uns ist der Wille der Frau entscheidend", sagt Ulivi. Wenn eine Frau von Misshandlung erzähle, seien öffentliche Einrichtungen sofort verpflichtet, Anzeige zu erstatten. Ein privater Verein wie CADMI könne dagegen abwarten.

Warum das sinnvoll sein kann, verdeutlicht Ulivi anhand eines Balkendiagramms. Sie hat die Anzeigen auf Basis des Paragraphen 572 des italienischen Strafgesetzbuches eingezeichnet. Der Artikel regelt die Gewalt in der Familie. 2012 wurden 1545 Anklagen eingereicht. Ganze 842 wurden von den Gerichten archiviert.

Viele Anzeigen werden gar nicht weiterverfolgt, weil die Richter sich sperren. Ulivi nimmt von der Kritik auch die Polizei nicht aus: "Was nützen Gesetze, wenn ein Polizeibeamter der Frau sagt: Wollen Sie nicht noch mal eine Nacht darüber schlafen, bevor Sie Anzeige erstatten?"

Er sperrt sie im Winter auf dem Balkon aus

Vielleicht ist das die größte Herausforderung für Italien: Traditionelle Einstellungen zur Familie, zur Ehe und zur Rolle der Frau müssen sich ändern. Claudia Biondi, 58, die sich bei der Caritas in Mailand um Frauen in Not kümmert, hat dazu die passende Geschichte.

Sie geht so: Die Familie ist wohlhabend. Er ist angesehener Ingenieur. Sie ist Hausfrau und zieht die drei Kinder groß. Er demütigt sie. Er schließt sie im Zimmer ein und sperrt sie im Winter auf dem Balkon aus.

Die Töchter wenden sich an die Caritas. Die Frau wird mit der kleinsten Tochter in Sicherheit gebracht. Der Mann nutzt seine Kontakte. Hohe Herren rufen bei der Caritas an.

Ein Priester wird bei Biondi vorstellig und fragt: "Wieso zerstört die Caritas eine Familie?" Biondi setzt sich durch. Die Frau lebt heute getrennt von ihrem Mann. Sie hat Arbeit gefunden. Als Sekretärin in einer Arztpraxis. www.welt.de v. 21.6.2013

Journalistinnen: "Teilzeit ist Teil der gläsernen Decke"

Wien - Mehr Teilzeit, seltener in Führung, weniger Geld für die gleiche Arbeit: Beim Gender Gap steht der Journalismus um nichts besser da als andere Branchen. Daran hat sich in den letzten fünf Jahren wenig geändert. Verhandeln Frauen einfach schlechter? Verzichten sie auf das für den Aufstieg so wichtige Netzwerken? Oder gibt es sie immer noch, die gläserne Decke in den Redaktionen? Und woraus genau besteht sie?

"Natürlich gibt es diese Decke", sagt Katharina Schell. Sie leitet seit 2008 das Innenpolitik-Ressort der APA. "Wir wissen alle, dass Gletscher schneller schmelzen als Frauen in Führungspositionen kommen." Und doch habe sich etwas getan in den letzten fünf Jahren. Es gebe mittlerweile zumindest einige Chefredakteurinnen (u.a. beim STANDARD). Schell: "Ich bin seit 1998 journalistisch tätig, das sind 15 Jahre. Frauenbewegt oder feministisch tätig bin ich seit über 20 Jahren. Da sind fünf Jahre nichts."

26 Prozent der Führungsjobs in Medien sind hierzulande von Frauen besetzt. Damit liegt Österreich über dem EU-Schnitt. Doch auch hier hat fast jeder fünfte Journalist eine leitende Funktion, aber nicht einmal jede zehnte Journalistin. Männliche Medienmanager verdienen in Österreich im Schnitt 900 Euro mehr als Frauen in den selben Funktionen, die die selbe Arbeit leisten.

Bei den privaten Medien sind 13 Prozent der Chefs weiblich, bei den öffentlich-rechtlichen immerhin 22 Prozent. Der Grund ist, dass es in öffentlich-rechtlich strukturierten Häusern häufiger Frauenquoten gibt. Wie beim ORF, dem seit 2010 ein Frauenanteil von 45 Prozent in Führungs-

positionen vorgeschrieben wurde. Seither wächst der Frauenanteil an der Spitze etwas schneller. Mittlerweile liegt er bei 28,6 Prozent. Es zeigt sich: Ohne strukturelle Änderungen und gesetzliche Vorgaben ändert sich nichts.

Die Notwendigkeit des Skandalisierens

Die Behauptung, dass Frauen schlechter verhandeln und deswegen weniger verdienen, sei jedenfalls eine Ausrede, sagt Vina Yun, Redakteurin beim feministischen Magazin "an.schläge" und bei "www.migrazine.at". "Diese individuellen Gründe mag es geben, der Fokus muss aber auf struktureller Förderung liegen." Nicht nur, weil Medien ein Abbild der Gesellschaft sind. "Medien wird eine gesellschaftliche Wächterfunktion zugeschrieben. Deshalb müssen mangelnde Aufstiegschancen für Frauen dort besonders skandalisiert werden", fordert Yun.

Dass Appelle für mehr Frauenförderung nicht ausreichen, betont Claus Pirschner. Er ist Gleichbehandlungsbeauftragter beim ORF. Einer von dreien. Beim ORF gibt es seit knapp zehn Jahren Hearings für Führungspositionen, die mehr Fairness in den Bewerbungsprozess bringen sollen. Das Argument, dass sich weniger Frauen bewerben, gebe es aber immer noch. "Diese Ausrede gilt nicht", sagt Pirschner. Wenn sich beim ORF keine Frau für eine Leitungsfunktion bewirbt, wird die Deadline einfach nach hinten verlegt. "Wenn es den Zuständigen nicht gelingt, Frauen zu finden, müssen sie sich rechtfertigen."

"Vulgärfeminismus"

Doch was bekommen Medienunternehmen eigentlich mit mehr Frauen in Leitungsfunktionen? Gibt es so etwas wie eine spezifisch weibliche Führungsqualität? Katharina Schell winkt ab. Es sei eine "vulgärfeministische Sicht", dass Frauen die besseren Führungspersonen sind. "Weil sie angeblich mehr reden, mehr E-Mails schreiben und netter zu ihren Mitarbeitern sind. Diese Verallgemeinerung würde ich nicht wagen." Auch Ulrike Weiser, Ressortleiterin der Wien-Chronik bei der "Presse", glaubt nicht an einen spezifisch weiblichen Führungsstil. "Aber Frauen an der Spitze machen oft Dinge, die sie selbst auf dem Weg nach oben vermisst haben." Dazu gehöre in ihrem Fall, jene Leute in der Redaktion zu

fördern, die nicht ständig "Hier!" schreien. "Ich würde aber nicht sagen, dass Frauen die besseren Chefs sind."

Keine Gehaltstransparenz

Ganz sicher sind viele Frauen weniger lästig, wenn es um Gehaltserhöhungen geht. Weiser: "Sie denken eher darüber nach, ob ihre Leistung das wirklich wert ist." Viele Geschäftsführungen würden das ausnützen und die Prestige-Karte zücken: "Sie sagen zu den Frauen: Sei froh, dass du jetzt diese angesehene Position hast." Damit werde versucht, Forderungen nach mehr Geld im Keim zu ersticken." Für Vina Yun ist auch die extreme Intransparenz bei den Gehältern in der Branche ein Teil des Problems. Weil kaum Stellen öffentlich ausgeschrieben werden, sei es kaum möglich, Vergleichsgrößen herzustellen.

Einigkeit herrscht auf dem Podium darüber, dass Teilzeitjobs ein Teil der gläsernen Decke im Journalismus sind. Im ORF werden 70 Prozent der Teilzeitstellen von Frauen besetzt. Das ist repräsentativ für die Branche. Zugleich gibt es kaum Teilzeitkräfte auf Führungsebene. Auch das ändert sich langsam.

Führen in Teilzeit

Claus Reitan, ehemaliger Chefredakteur von "Furche", "Österreich" und der "Tiroler Tageszeitung" bezweifelt, dass ein journalistischer Führungsjob in Teilzeit möglich ist. "Bei diesen Jobs ist nicht die gläserne, sondern eine faktische Decke eingezogen, die Frauen nur um den Preis der absoluten Kinderlosigkeit durchbrechen können." Dazu komme ein niedrigeres Pensionsantrittsalter für Frauen, das nicht für Frauen in Führung spreche. "Das muss angehoben werden."

Er sei Verfechter des "Aust-Theorems": Der legendäre Chefredakteur des "Spiegel" war stets Anhänger der Sieben-Tage-Woche im Journalismus. Weiser hält dagegen, dass die Praxis beweise, dass Führung in Teilzeit ganz gut funktioniere. Das zeigten Beispiele bei der "Presse" und beim STANDARD. Reitan: "Das ist ein Experiment am lebenden Objekt." Leitungsfunktionen würden eine Kontinuität der Präsenz voraussetzen. Nur so lassen sich alle Informationen zusammenführen.

Wenn das so wäre, dürften Führungskräfte nicht einmal schlafen, sagt Katharina

Schell. "Führen in Teilzeit heißt ja nicht, nach vier Stunden den Griffel fallen zu lassen. Wenn es hart auf hart kommt, ist man heute sowieso erreichbar." Es könne aber heißen, zwei Tage im Monat mehr frei zu haben.

Führen in Teilzeit spreche heute Frauen und Männer an, sagt Claus Pirschner. "Von der Führungsetage werden heute ja nicht nur Frauen weggehalten, sondern auch Männer, die diese Art von Führung nicht wollen oder nicht können."

Diskussion um die Quote

Einigkeit gab es bei der Forderung nach einer Quote für Frauen in journalistischen Führungspositionen. Auch Claus Reitan ist dafür. "Aber nicht wegen der Frauen. Sondern weil sie vieles einbringen, was in die Medien hineingehört. Es geht um eine andere Denkweise." Er sieht aber die Gefahr, "dass Frauenquoten Quotenfrauen bringen". Auf die könne man dann bequem zeigen und sagen: Wir haben da eh schon eine im Vorstand. So werde die Frauenquote an der Spitze zur Ausrede, warum man andere Frauen nicht mehr fördern müsse. Reitan: "Die Frage, die hinter der Führungsstilfrage steht, ist ja die: Sind Frauen die besseren Menschen? Und das ist längst mit nein beantwortet."

Milieuänderung

Es habe aber eine teilweise Milieuänderung im Journalismus stattgefunden. Eine Änderung zum Guten. Reitan: "Früher mussten sich Frauen in Redaktionen sexistische Witze anhören, heute sind die Kolleginnen in der Regel die besser geschulten, die besser vorbereiteten, wenn sie so wollen, die etwas strebsameren." Dass sexistische Witze oder Bildschirmschoner heute keine Bagatelle mehr sind, bestätigt Claus Pirschner. "Das fällt unter sexuelle Belästigung." Im ORF habe sich das vor allem deshalb gebessert, weil sexuelle Belästigung eine Dienstpflichtverletzung ist, die Konsequenzen hat im Haus. Ob Quoten, verpflichtende Workshops oder Gehalts-transparenz: Wenn sich etwas ändern soll, geht es immer um die Strukturen. (Lisa Mayr, dieStandard.at, 26.9.2013)

Nachrichten

Männer überfordert von Gleichberechtigung

Eine Männer-Studie vom Allensbach- Institut für Demoskopie im Auftrag von BILD der Frau zeigt: „Männer setzen immer noch alles auf die Karriere-Karte, der Hausmann ist dagegen ein Exot. Demzufolge kommt Teilzeit für 62 Prozent der Männer nicht in Frage, gerade mal 15 Prozent wären bereit, beruflich zurückzustecken. Frauen hingegen stellen heutzutage an ihre Männer doppelte Ansprüche ... 66 Prozent der Frauen (fordern), dass Männer viele Aufgaben im Haushalt und in der Familie übernehmen. Auf der anderen Seite ist es aber auch 52 Prozent der Frauen weiterhin sehr wichtig, dass Männer im Beruf erfolgreich sind. ..jeder dritte Mann, bei den Singles sogar jeder Zweite, (hat) das Gefühl..., den an ihn gestellten Erwartungen nicht gewachsen zu sein. ... Haushalt ist männerfreie Zone: 81 Prozent der Männer finden, Bügeln sei Frauensache / 64 Prozent finden, dass es mit der Gleichberechtigung reicht.

<http://www.axelspringer.de/downloads>

Termine

30 Jahre KOFRA

Vom 26.11 – 30.11. hat Kofra den 30. Geburtstag. 5 Tage lang werden wir diskutieren, rückblicken, uns bedanken und feiern, dass wir so lange durchgehalten haben und immer wieder neue frauenpolitische Impulse weitergeben und erhalten.

26.11. Empfang für Frauen aus Politik und Verwaltung und alle Unterstützerinnen

27.11. Aktivistinnentag: Kurzweilige Blicke auf spannende Aktionen und Themen

28.11. Carolina Brauckmann erfreut uns mit ihren Songs.

29.11. Zur Bedeutung von Frauenräumen heute. Podiumsdiskussion

30.11. Geburtstagsparty!!

www.kofra.de

Kofra-Zeitschrift für Feminismus und Arbeit, Ausgaben ab 1992:

60/92 Lesben und heterosexuelle Frauen - Was uns trennt und was uns verbinden könnte, 61/92 Entpolitisierung durch Identitätspolitik? 62/93 Sexueller Missbrauch von Kindern - Kinderschutz oder Täterschutz? . 63/93 Frauenhandel - Heiratshandel - Prostitutionstourismus, 64/93 Gynäkologie unter feministischen Aspekten, 65/93 Erzwungenes gemeinsames Sorgerecht nach Scheidung: Rückschritt zu patriarchaler Bestimmungsmacht über Frauen und Kinder?, 66/93 Frauenstreik, 67/94 Zur Kopftuchdiskussion, 68/94 Feminismus gegen Rechtsextremismus - Rechtsextreme Tendenzen bei Mädchen und jungen Frauen und antisemitisches Potential feministischer Mädchenarbeit, . 69/94 Sag ich's oder sag ich's nicht? Eine Befragung erwerbstätiger lesbischer Frauen über "offen" bzw. "nicht offen" leben, 70/94 Institutionalisierte Frauenpolitik am Ende?, 71/95 Zehn Jahre 6. Jugendbericht: Was hat sich für Mädchen verändert? 72/95 Die verhinderte Frau. Zur gesellschaftlichen Lage von Frauen mit Körper-Behinderungen. 73/95 Vergewaltigung in der Ehe. Zur Diskussion um die Reform des § 177, 74/95 Sexuelle Gewalt: männliche Sozialisation und potentielle Täterschaft, 75/95 Frauenfeindliche Rechtspraxis bei sexueller Gewalt. Nr. 76/95 Pornographie: - Konsum über Computernetze - aus der Sicht von Frauen, 77/96 "Männer kriegt den Hintern hoch" - eine kritische Betrachtung der Männerbewegung. 78/ 96 13 Jahre autonome Projektarbeit. 79/96 Eigenständige berufliche Existenz. 80/96 Die patriarchale Kultur: zu Struktur, Entstehung und Abbau. 81/96 Von der Emanzipation zum Management - Unternehmenspolitik in Frauenprojekten. 82/97 Kindesmisshandlungen im Internet / Männergewalt macht keine Männer. 83/84/97 Strategien gegen Gewalt im Geschlechterverhältnis - Was tun mit Tätern? - Zur Wirkung von Therapie und sozialer Kontrolle, 85/86/98 Männliche Gewalt gegen Mädchen und Frauen - Ist männliche Gewaltbereitschaft "natürlich"? - Auswirkungen sexueller Gewalt auf die Körper- und Bewegungsentwicklung von Mädchen und Frauen, 87/98 Gewalt gegen Mädchen und Frauen im Sport. 88/99 Männer gegen Männergewalt. Auf der Suche nach einer profeministischen Männerbewegung, 89/99 Gewalt gegen Frauen im Krieg, 90/99 Aktiv gegen Männergewalt. Konzept und Ergebnisse der Münchner Kampagne, 91/00 Zur Therapie von Sexualstraftätern, 92/00 Frauen und Militär, 93/00 Zwischen Täterschutz, Ohnmacht und Parteilichkeit, 94/01 Täterstrategien bei sexuellem Missbrauch und Ansätze der Prävention, 95/01 Feministisches Handeln gegen Gewalt, 96/02 Jungenarbeit als Männlichkeitskritik, 97/02 Mädchen im öffentlichen (Frei-)Raum –

aktiv und kreativ, 98/02 Arbeitsverhältnisse im Kontext von „Diaspora, Exil, Migration“, 99/02 Gender Mainstreaming: Sieg oder Ende der Mädchen- und Frauenpolitik? 100/02 Chancen und Grenzen von Opfer- und Täterprävention, 101/03 Handeln gegen alltägliche Gewalt gegen Frauen in der Schule, 102/03 Anzeigepflicht bei sexuellem Missbrauch? 103/03 Zu den Folgen der Globalisierung für Frauen, 104/03 Von Mobbing und anderen Ausschlussstrukturen in feministischen Kontexten, 105/03 Gewaltprävention und Männlichkeit in der Schule, 106/03 Autonome Frauenräume. Reflexionen zu zwanzig Jahren Kofra, 107/04 Transgender und Feminismus, 108/04 Zur Kopftuchdiskussion,109/04 Krieg und Geschlechterverhältnisse,110/04 Widerstand für Frauenrechte und Frauenwürde,111/04 Hartz IV und die Auswirkungen auf Frauen, 112/05 Menschenrechte – Frauenrechte, 113/05 Die Rückkehr des Dienstmädchens, 114/05 Quotierung ist verfassungsgemäß, 115/05 Altersbilder von Lesben, 116/05 Alternativen zur Globalisierung. 117/06 Femicidio. Frauenmorde in Mexiko, 118/06 Auswirkungen von sexueller Gewalt auf die Arbeitssituation von Frauen, 119/06 Gewalttätige Mädchen. Mythos und Realität, 120/06 In Nomine Patris. Die Interessen der Vaterrechtsbewegung, 121/07 Krise der sozialen Systeme, 122/07 Migration. Männlichkeit und Frauen(ver-)achtung,123/07 Frauen als Retterinnen in der Nazizeit, 124/07 Gewalt in der Lebensgeschichte alter Frauen, 125/08: Sorge- und Umgangsrecht – weitere Verschlechterungen für Frauen und Kinder, 126/08 Grenzen setzen gegen Gewaltstrukturen, 127/08 Zeit und Zukunft des Feminismus, 128/09 Feministische Unterrichtsprinzipien, 129/09 25 Jahre Kofra, ein viertel Jahrhundert feministische Frauenprojektarbeit. 130/09 Frauenarmut: Daten, Fakten, Relationen 131/09 Vorsicht Lebensschützer! 132/09 Hartz IV - Die Würde des Menschen ist antastbar 133/10 Repatriarchalisierung durch Sorge- und Umgangsrecht im neuen Familienrecht FamFG 134/10 Pornografisierung - Auswirkungen und Protest, 135/10 Frauen in Spitzengremien der Wirtschaft – Handlungsbedarf,136/10 Gesetzesinitiativen gegen Pornografie, 137/11 Mehr Frauen in die Sprache. Warum geschlechtergerechte Formulierung immer noch wichtig ist. 138/11 Feminismus – Kritik der Herrschaftsverhältnisse;139/11 Arabische Frauen zwischen Partizipation und Exklusion; 140/11 Männergewalt gegen Frauen: kein Ende? 141/12 Vergewaltigung – das straffreie Delikt?, 142/12 Sexuelle Gewalt: das Schweigen #ich hab nicht angezeigt, 143/12 Frauen in männerdominierten Berufsbereichen 144/13 Sexismus-Debatte Reloaded 145/13 Neue Perspektiven auf die Prostitution

Kofra

Kommunikationszentrum für Frauen zur Arbeits- und Lebenssituation e.V.